

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Mitringshaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Draftanschrift: Copadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsanfang, wenn nicht anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 20. Januar 1931

Bedrohliche Unsicherheit.

Von Rudolf Breitscheid.

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

SPD. Die Genfer Studienkommission für die europäische Einigung wird durch Vermittlung ihres Generalsekretärs, der bekanntlich gleichzeitig der Generalsekretär des Völkerbundes ist, die Regierungen von Island, der Türkei und Sowjetrussland zur Teilnahme an dem Studium der Weltwirtschaftskrisis einladen. Das ist das Ergebnis mehrtägiger Debatten, in denen allerdings weniger von Island als von den beiden anderen Staaten, die dem Völkerbund nicht angehören, die Rede war.

In dieser Auseinandersetzung haben bekanntlich die Aussenminister von Italien und Deutschland, jener mit noch grösserer Entschiedenheit als dieser, die allgemeine Zulassung Russlands und der Türkei zu dem europäischen Komitee gefordert, während die übrigen Delegierten - mit Ausnahme des englischen Aussenministers, der eine mehr vermittelnde Stellung einnahm, - der Hinzuziehung der beiden Regierungen wenigstens für den Augenblick widersprachen. Die Gründe, die die Gegner der deutsch-italienischen Anregung vorbrachten, waren nicht besonders stichhaltig, und ebenso wenig sind die Argumente, die namentlich die französische Presse zur Unterstützung Briands anführt, durchschlagend.

Wenn beispielsweise gesagt wird, Russland und die Türkei seien Länder mit vorwiegend aussereuropäischen, asiatischen Interessen, so könnte schliesslich derselbe Einwand auch gegen die Teilnahme Englands, das Empire-Rücksichten zu nehmen hat, ins Treffen geführt werden. Auch der Hinweis auf die mangelnde Zuständigkeit der Kommission ist abwegig, da die Völkerbundsversammlung vom September dem Ausschuss ausdrücklich das Recht gegeben hat, seine Arbeiten in Verbindung mit europäischen Nichtmitgliedern und aussereuropäischen Staaten zu verfolgen, und soll die europäische Idee in der einen oder anderen Form verwirklicht werden, so dürfen in der Tat von der Mitarbeit an diesem Werk nicht diejenigen ausgeschlossen werden, die aus diesem oder jenem Grunde dem Völkerbund nicht oder noch nicht angehören.

Eine andere Frage aber ist es doch, ob es notwendig gewesen ist, die Hinzuziehung der Türkei und Russlands in diesem Zeitpunkt mit so grossem Nachdruck zu betreiben, dass dieses Verlangen geradezu in den Mittelpunkt der Verhandlungen des Friedenskomitees gerückt zu sein schien. Der Ausschuss hat einen sehr lehrreichen und für die bisherigen wirtschaftlichen Arbeiten des Völkerbundes nicht gerade schmeichelhaften Vortrag des Holländers Collijn entgegengenommen, und es wäre nach unserer Meinung wohl zweckmässiger gewesen, in eine eingehende Aussprache über dieses Referat einzutreten, statt die Zeit mit Streitigkeiten über die sofortige Zulassung von Staaten zu vertun, von denen man nicht einmal weiss, ob ihnen an einer Mitwirkung ernstlich gelegen ist, und von denen der eine, Russland nämlich, schon durch die besondere Organisation seines Aussenhandels den von Collijn angeschnittenen Problemen verhältnismässig fernsteht.

Kein Wunder, dass unter solchen Umständen im Ausland vielfach die Vermutung laut wird, als sei es den Antragstellern nicht so sehr um die Erreichung eines sachlichen Zieles, als um eine Verärgerung Frankreichs oder gar um eine Sabotage des Briand'schen Europaplans zu tun gewesen. Soweit die deutsche Regierung in Frage kommt, dürfen wir einen solchen Vorwurf von ihr abwehren, obwohl sie in ihrer vom 11. Juli 1930 datierten Antwort auf das französische Memorandum nur sehr allgemein davon gesprochen hat, dass "auch die europäischen Nichtmitglieder des Völkerbundes und die nicht europäischen Staaten Zutritt haben sollten", während zu derselben Zeit schon von der Sozialdemokratie die grundsätzliche Beteiligung Russlands ausdrücklich gefordert wurde. Herrn Curtius ist es sicher um das Prinzip zu tun gewesen. Die italienischen Beweggründe dagegen scheinen uns keineswegs so einwandfrei, besonders, wenn wir die Begleitmusik verfolgen, die die italienische Presse zum Auftreten des Ministers Grandi veranstaltet.

Wir wissen, dass Italien gerade in der letzten Zeit sehr enge Beziehungen zu der Türkei und zu Russland angeknüpft hat, und niemand kann im Zweifel darüber sein, dass diese Politik ihre Spitze gegen Frankreich und gegen die sogenannte Kleine Entente richtet. Vom Standpunkt Mussolinis aus gesehen mag eine solche Diplomatie ihre Vorteile haben, aber ob es für Deutschland zweckmässig ist, den Anschein zu erwecken, als ob es, sagen wir einmal, mit dem Mussolinischen System sympathisiere, ist doch sehr zweifelhaft. Und wie die Dinge nun einmal lagen, sah es sehr stark so aus, als ob sich Deutschland im italienischen Fahrwasser bewegte. Herr Curtius schien weniger der Führende als der Geführte, und dieser Eindruck musste sich umso mehr verstärken, als die faschistische Presse bereits vor den Genfer Verhandlungen ein Zusammengehen zwischen Italien und seinem Anhang auf der einen und Deutschland auf der anderen Seite angekündigt hatte. Wir zitieren zum Beweis den "Popolo Italia", das von dem Bruder des römischen Diktators geleitete Organ, in dem vor kurzem festgestellt wurde, dass "das Spektrum eines italienisch-deutsch-russischen Blocks eine imposante Wahrscheinlichkeit werde", und dass "der Zusammenhang der zwischen dieser Voraussetzung und den guten Beziehungen besteht, die die drei grossen Mächte zu der türkisch-griechisch-bulgarisch-magyarischen Gruppe aufrecht erhalten, die Sensation von Genf bilden" werde.

Ob dieses vom "Popolo Italia" entworfene Bild den Tatsachen oder nur einem faschistischen Wunsche entspricht, d. h. ob eine grundsätzliche Neuorientierung der deutschen Aussenpolitik im Wege ist, müssen wir dahingestellt sein lassen. Aber dass die Vorgänge von Genf in dieser Beziehung zu denken geben, kann nicht wohl bestritten werden. Jedenfalls hätten wir einen dringenden Wunsch, sehr bald klarer zu sehen und zu wissen, ob irgend welche Abmachungen mit Italien getroffen worden sind und welche besonderen Zwecke diese Verabredungen verfolgen. Der Wunsch der Nationalsozialisten nach der Anknüpfung intimer Beziehungen zu Italien oder, wenn man so sagen soll, zu dem von Italien geführten Block, ist ja bekannt. Seine Erfüllung soll die Bahn für die Revision der Friedensverträge frei machen. Die Sozialdemokratie hat immer wieder auf die grossen Gefahren einer solchen Politik aufmerksam gemacht, nicht zuletzt unter Hervorhebung der Tatsache, dass Italien, dessen annektionistische Gelüste in den Friedensverträgen nicht restlos erfüllt worden sind, mit der Revision ganz anders geartete Absichten verfolgt als Deutschland. Würde Deutschland sich an die Seite Mussolinis stellen, so würde es sich zum Schildhalter des italienischen Imperialismus machen und dadurch seine eigenen Wünsche nicht nur nicht fördern, sondern kompromittieren.

Man sollte meinen, dass für diese Dinge auch der deutsche Aussenminister ein volles Verständnis besitzen müsse. Dann aber sollte er auch den üblen Schein vermeiden, zumal da er Gefahr läuft, sich zwischen alle Stühle zu setzen. Draussen erregt er Misstrauen und Beunruhigung, und die deutschen Nationalisten bescheinigen ihm heute schon, dass er durch seine Zustimmung zu dem Vermittlungsvorschlag in der russisch-türkischen Frage seine Schwäche offenbare. In seinem eigenen Interesse und noch mehr in dem des deutschen Volkes sollte der Minister die Zweifel zerstreuen und die Sorge nicht aufkommen lassen, dass das Schiff der deutschen Aussenpolitik seinen Kompass verloren hat und bedrohlichen Klippen zusteuert.

SPD. Genf, 20. Januar (Eig. Drahtb.)

Die öffentliche Sitzung des Völkerbundsrats begann mit dem öffentlichen Bericht des Spaniers Leon über die abgeschlossene Arbeit der Vorbereitenden Abrüstungskommission. Der Bericht empfiehlt den Konventionsentwurf als einen Rahmen, der von der Allgemeinen Abrüstungskonferenz ausgeführt werden müsse, fordert den Rat auf, über das Datum dieser Konferenz Beschluss zu fassen und erwähnt dazu den deutschen Vorschlag des 5. November 1931. Endlich soll der Rat Beschluss fassen über die Empfehlungen auf Festsetzung der Motorenstärke für Luftschiffe und die Lieferung von Statistiken über die bestehenden Rüstungen.

Als Vorsitzender des Rates dankte Henderson der Vorbereitenden Abrüstungskommission und dem Berichterstatter, worauf er in wirkungsvoller Rede an die Regierungen appellierte, mit der Abrüstung ernst zu machen. Tatsache sei, dass die Verantwortung für einen Fortschritt der Abrüstung weder mehr auf der Vorbereitenden Abrüstungskommission noch auf dem Rat ruhe, sondern auf den Regierungen. Er erinnerte nochmals an die heiligen Verpflichtungen für die Abrüstung aus den Verträgen. Gemeinsame Abrüstung sei die wichtigste politische Frage und das untrügliche Zeichen für die ehrliche Erfüllung der Ideen des Völkerbunds. Die Regierungen müssten nach der Maschinerie von friedlichen Regelungen jetzt zeigen, dass sie nicht nur auf den Krieg und den Kriegsgeist verzichtet hätten, sondern dass sie auch auf die Rüstungen verzichteten, die zum Kriege führten.

Die Mitglieder des Völkerbundes seien auch an die Abrüstung gebunden durch das härteste Eigeninteresse. Überall sehe man Arbeitslosigkeit, Armut, Verzweiflung und politische Ruhelosigkeit. Jede Regierung sei in Not und jedes Volk leide. Begrenzung der Rüstungen allein sei ungenügend, es müsse eine deutliche Herabsetzung erfolgen. Henderson wandte sich dann heftig gegen die Kriegsgerede und die Gerüchte über das Bestehen eines neuen Allianzsystems. Es könne keine andere Allianz geben als die des Völkerbundes, und Englands Freund könne nur sein, wer an diesem Friedenswerk mitarbeitet. Überall verlangen die Männer und Frauen der Völker die Vollbringung des Werkes der Abrüstung.

Der deutsche Reichsaussenminister Curtius führte darauf folgendes aus: Wie wir in Deutschland den Konventionsentwurf beurteilen, wissen Sie alle. Seit dem Zusammentritt der Vorbereitenden Abrüstungskommission mussten wir mit jedem Jahr immer mehr erkennen, dass der Weg, den die Kommission einschlug, sich ständig weiter von dem eigentlichen Ziele entfernte. Trotz aller unserer Einwände wurde der Konventionsentwurf hinsichtlich der Landabrüstung Stück um Stück derjenigen wesentlichen Elemente beraubt, die zu einer wirklichen Abrüstung gehören würden. Das Rüstungsschema, das so entstand, läuft höchstens auf die Stabilisierung des heutigen Rüstungsstandes hinaus. Zum Teil würde es sogar noch eine Erhöhung dieses Rüstungsstandes erlauben. Daher hat sich schon im Frühjahr 1929 der deutsche Vertreter auf Weisung der deutschen Regierung klar von dem Programm der Mehrheit der Kommission loslösen müssen. Die Kommission ist schliesslich so weit gegangen, diesen in sich völlig ungenügenden Entwurf auch noch von vornherein zu verbinden mit einer erneuten Festlegung des uns vertragsmässig auferlegten Entwaffnungsstandes. So war es selbstverständlich, dass wir das Ergebnis der Arbeit der Vorbereitenden Abrüstungskommission ablehnten. Die kommende Konferenz wird nur dann annehmbare Resultate zeitigen können, wenn sie zunächst, ehe sie an die Einsetzung von Ziffern geht, die jetzt vorgeschlagenen Methoden durchgreifend revidiert. Sie wird sich ferner den ersten Grundsatz des Völkerbundes, nämlich die Gleichberechtigung seiner Mitglieder zu eigen machen müssen, und nicht Sicherheit gegen Unsicherheit stellen dürfen. Das hat schon mein Amtsvorgänger ausgesprochen. Der Reichskanzler Hermann Müller hat 1928 in Genf Ähnliches gesagt. Immer wieder hat die deutsche Regierung diesen Grundsatz zu dem ihrigen gemacht. Graf Bernstorff hat noch vor sechs Wochen in diesem Saal für Deutschland paritätisch

sche Sicherheit verlangt.

Ich billige und unterstreiche seine Ausführungen ganz. Würde der Völkerbund diesen Grundsatz preisgeben, würde er in seiner Aufgabe versagen, die darin besteht, durch Abrüstung allen seinen Mitgliedern Sicherheit zu verschaffen, würde seine Friedensaufgabe zerstören, sein eigenes Dasein erschüttern, seine Existenzberechtigung verlieren. Erfüllt er aber seine Abrüstungsverpflichtung, so werden wir die ersten sein, das anzuerkennen. Niemanden kann mehr an wirklicher Abrüstung gelegen sein als dem deutschen Volke.

Grandi bezeichnete den Entwurf als völlig ungenügend. Der Stand der Rüstungen sei die Ursache der Unsicherheit. Niemand könne an eine Verschiebung des Datums der Konferenzdenken angesichts der Last, mit der die Rüstungen auf dem Haushalt der Staaten liegen, der Krise und der Arbeitslosenheere. Die Personen, die mit der Vorbereitung der Allgemeinen Konferenz betraut werden, dürften nicht nur genügende Kenntnisse des Materials haben, sondern müssten auch das Vertrauen der Völker und persönliches Verstehen untereinander in der Hinsicht der Abrüstung besitzen.

Briand schloss sich für Frankreich der Rede Hendersons an. Es sei unmöglich, dass die Abrüstung nicht gelingen könnte, die eine heilige Pflicht darstelle. Er habe sich nie den pessimistischen Stimmen über die undankbare Arbeit der Vorbereitenden Abrüstungskommission angeschlossen. Die Pessimisten hätten von ihr schon die absolute Lösung verlangt. Sie haben uns den relativen Rahmen für eine erfolgreiche Arbeit der Konferenz gebracht. Die oft verpönte Sicherheit sei ein untrennbares Element dieser Abrüstung. Es sei ein moralisches Problem, ob sich ein Volk seiner Soldaten bediene oder nicht. Deshalb müsse man den Hass töten. Man müsse mit Zuversicht und Vertrauen an die Arbeit gehen, reale Fortschritte zu erreichen.

Es werde nur ein erster Schritt sein, dem weitere folgen müssen. Er bedauere, dass sich die Staaten von der Arbeit der Vorbereitenden Kommission getrennt hätten, auf die Gefahr hin, lächerlich zu werden, hätten andere darauf bestanden, die Kommission zu verlassen. Trotzdem sei der Konventionsentwurf der Schlüssel zur Konferenz. Das Datum müsste festgesetzt werden auf den möglichst kürzesten Zeitpunkt. Trotz der gerade gehörten Vorbehalte müsste mit gutem Willen und Vertrauen zusammen an die Arbeit gegangen werden. Es handle sich nicht nur um eine Begrenzung, sondern auch um eine Verminderung der Rüstungen. Man habe das kriegerische Geschrei in manchen Ländern übertrieben ernst eingeschätzt. Das seien nur Ausbrüche des Leidens gewesen. Die Völker forderten ohne Ausnahme die Abrüstung und gingen also mit gutem Geiste zur Konferenz.

Nach Zustimmung von Japan, Irland und Zaleski, der für Polen gleichzeitig die Annahme der Fakultativklausel des Haager Gerichtshofs verkündet, nahm der Rat den Bericht an und vertagte die weitere Aussprache der Abrüstungsfragen auf Donnerstag.

SPD. Detmold, 20. Januar (Eig. Drahtb.)

Die Nationalsozialisten haben im Freistaat Lippe ein Volksbegehren mit dem Ziel der Landtagsauflösung eingeleitet. Schon der Auftakt war für die Nazis recht blamabel, war doch der Antrag auf Einleitung des Volksverlangens unter anderem unterzeichnet von einer lippischen Prinzessin, von Adeligen, Generalen und anderen hohen Offizieren, von Fabrikanten und dem Bezirksvorsitzenden der lippischen Nationalsozialisten, dem Halbpolen und Irrenarzt Dr. Fuhrmann.

Das lippische Gesetz über Volksverlangen und Volksbegehren sieht für das Volksverlangen die Einzeichnung in amtliche Listen vor, die 14 Tage bei den Gemeindebehörden ausliegen. Darüber hinaus können die Antragsteller selbst durch Agitation von Haus zu Haus drei Monate lang Unterschriften für das Volks-

verlangen sammeln. Für die Auflösung des Landtags benötigen sie ein Drittel aller Stimmberechtigten, das wären im vorliegenden Fall rund 35 000 Unterschriften.

Die Frist für die amtlichen Einzeichnungen ist nun abgelaufen und das Ergebnis ist geradezu jämmerlich. So jämmerlich, dass das lippische Nazi-blättchen vor Schreck die Sprache darüber verloren hat und überhaupt kein Wort darüber berichtete. Da sich auch die Deutschnationalen, die Wirtschaftspartei und die Landvolkpartei dem Volksbegehren angeschlossen und eifrig dafür Propaganda gemacht haben, müssen deren Wahlziffern bei einer Gegenüberstellung des Ergebnisses des Volksbegehrens mit der Reichstagswahl berücksichtigt werden.

In Detmold, der Landeshauptstadt, die stets eine Hochburg der Nationalisten war, erzielten die Parteien des Volksbegehrens am 14. September 1930 folgende Stimmzahlen: Nationalsozialisten 2152, Deutschnationale 897, Wirtschaftspartei 274, Landvolk 32, zusammen 3355. Von diesen 3355 Reichstagswahlstimmen konnten die vier Volksbegehrensparteien zum Volksverlangen nur noch 849 Eintragungen retten, und das bei 11 900 Wahlberechtigten! In den meisten übrigen Städten des Landes ist das Ergebnis ähnlich. In den 10 Städten des Landes wurden nur 8,5 Prozent der Stimmberechtigten aufgebracht und 33 1/3 Prozent müssen erreicht werden, wenn das Volksverlangen Erfolg haben und zum Volksbegehren führen soll. In den Dörfern, vor allem in den Zieglerdörfern ist das Ergebnis nicht besser, vielfach sogar wesentlich schlechter. Wenn die Nazis jetzt auch noch bis 12. März mit ihren Listen von Haus zu Haus gehen und Unterschriften sammeln können, so ist die Differenz zwischen den bis jetzt erreichten 8,5 Prozent bis zu den notwendigen 33 1/3 Prozent der Stimmberechtigten doch so gross, dass sie selbst kaum mehr mit einem Erfolg rechnen.

SPD. Dresden, 20. Januar (Eig. Drahtb.)

In der Sitzung der Dresdner Stadtverordneten leistete sich der Kommunist Schneider eine bodenlose Gemeinheit gegen den sozialdemokratischen Parteivorsitzenden Otto Wels. Schneider führte nach dem Stenogramm wörtlich aus: "In der SPD. sitzen die Arbeitermörder Noske und Wels, deren Hände von Arbeiterblut triefen." Die Sozialdemokratische Fraktion wandte sich spontan gegen die gemeine Unterstellung und verhinderte den kommunistischen Redner am Weitersprechen. Der Aufforderung des sozialdemokratischen Vorstehers, diese unerhörten Beleidigungen des Parteivorsitzenden der Deutschen Sozialdemokratie zurückzunehmen, kam Schneider nicht nach. Es wurde ihm deshalb das Wort entzogen.

SPD. Löbau, 20. Januar (Eig. Drahtb.)

Nach einer Naziversammlung in Kirschau kam es zu schweren Ausschreitungen Bautzener Nationalsozialisten, die zum Schutze der Versammlung aufgebeten waren. Die Versammlung war von 600 Personen besucht. Bei Beginn entstand ein grosser Tumult, als ein Zwischenrufer aus dem Lokal gewiesen wurde. Obwohl ein Überfallkommando vorhanden war, kam es nach Schluss der Versammlung zu einem Angriff der Bautzener Nationalsozialisten, die auf ihren Lastautos nicht nach Hause fuhren, sondern auf Befehl wieder abstiegen und ausschwärmten. Vier Versammlungsteilnehmer und unbeteiligte Personen, darunter ein 65jähriger Einwohner, der mit seiner Frau ruhig nach Hause gehen wollte, wurden schwer verletzt. Sie mussten sich in ärztliche Behandlung begeben. Nach den Erklärungen des Naziführers an den Polizeiführer hat er die Leute nicht mehr in der Hand gehabt.

SPD.München, 20.Jan.(Eig.Drahtb.)

Der bayerische Ministerrat hat in seiner Sitzung am Dienstag einstimmig, also mit Einschluss des deutschnationalen Justizministers, beschlossen, die Klage wegen des Steuervereinheitlichungsgesetzes beim Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich zu erheben.

SPD.München, 20.Jan. (Eig.Drahtb.)

Seitdem Herr Feder im Funkgespräch mit dem Sozialdemokraten Professor Dr.Nölting sich eine peinliche Abfuhr geholt hat, drückt er sich auf eigenen oder auf Parteibefehl vor jeder öffentlichen Auseinandersetzung. Er erklärte sich vorige Woche bereit, in einem von der staatswissenschaftlichen Fachschaft der Universität München veranstalteten Vortragszyklus mit Universitätsprofessor Geheimrat Dr.Weber über wirtschaftspolitische Tagesfragen zu diskutieren. Diese Bereitschaft, vor einem neutralen wissenschaftlichen Kreis Rede und Antwort zu stehen, stellt sich aber jetzt als plumper Schwindel heraus, der durch die Anwendung folgenden Tricks verschleiert werden soll.

Nach der Zusage Feders an die staatswissenschaftliche Fachschaft plaktierte der Nazi-Studentenbund für den 20.Januar eine Bierkellerversammlung, in der Feder als Redner über das Wirtschaftsprogramm seiner Partei angekündigt und ausserdem in besonderer Aufmachung der Hinweis enthalten war, dass Professor Dr.Weber zur Diskussion eingeladen sei. Als Weber davon erfuhr, lehnte er mit Entrüstung die ihm angehangene Diskussion in einer Parteiversammlung der Nazis ab und bezeichnete das Vorgehen der Nazi-Studenten als einen Akt der Illoyalität. Mit dieser Absage haben die Drahtzieher der Hakenkreuz-Studentenversammlung zweifellos gerechnet, denn sie bildet für Feder nun den willkommenen Anlass, seine Zusage, in der Fachschaft mit Professor Weber zu diskutieren, zurückzuziehen und auf diese Weise der neu zu erwartenden Blamage zu entrinnen. Dem Herrn Feder mag es gelungen sein, mit diesem Schritt seine eigenen "Nazioten" zu täuschen, das übrige Publikum kann er aber doch nicht so leicht an der Nase herumführen.

SPD.München, 20.Jan. (Eig.Drahtb.)

In einer Nazi-Versammlung in Kempten gab kürzlich der menschenfreundliche ehemalige Pastor Münchmeyer folgende Kostprobe vom Anbruch des Dritten Reiches:

"Merken sie sich alle Privatpersonen vom Bürgermeister bis zum kleinsten Beamten und Redakteur, jeden, der im öffentlichen Leben steht, der uns heute bekämpft und Knüppel zwischen die Beine wirft. Am Tage unseres Sieges werden wir mit diesen Leuten abrechnen, und zwar ist das bei uns festgelegt. Jeder Beamte, der uns bekämpft hat und damit den Freiheitsweg des deutschen Volkes aufgehalten hat, wird am Tage unseres Sieges fristlos ohne Pension dienstentlassen. Seien sie also vorsichtig, soweit sie uns bekämpfen. Man kann nicht wissen was kommt. Sie wissen, wie es in Italien ging: sämtliche Zeitungen wurden dort besetzt und die Redakteure hinausgeworfen. So werden auch ihre Zeitungen geschlossen werden, und zwar dauert es nicht mehr lange."

SPD.Karlsruhe, 20.Jan.(Eig.Drahtb.)

Durch Vereinbarung zwischen den Vertragsparteien wurden die Angestellten-Gehälter der Industrie in Mittelbaden dahin geändert, dass die Gehälter um fünf Prozent gesenkt werden. Tariflöhne unter 100 Mark bleiben von dieser Vereinbarung unberührt. Die Vereinbarung gilt bis zum 30.September 1931.

SPD.Karlsruhe, 20.Jan. (Eig.Drahtb.)

Das badische Unterrichtsministerium hat den Allgemeinen Studentenaus-
schuss der Universität Heidelberg mit sofortiger Wirkung aufgelöst.

Die Auflösung wird mit den fortdauernden Verstößen des nationalsozialistischen Asta-Vorstandes gegen die Satzungen der Allgemeinen Studentenschaft begründet. Der Erlass des Ministers fordert die sofortige Niederlegung aller Aemter der Organe der Studentenschaft. Eine Neuwahl wird nicht angeordnet. Der Asta hatte u.a. auch in sinnloser Weise mit den Geldern der Studentenschaft gewirtschaftet. So hat er, als die Nationalsozialisten die Mehrheit erhielten, sämtliche sozialen Ausgaben um 60% gekürzt, Gelder für die Tuberkulosefürsorge und den Bau eines Studentenhauses nicht abgeführt, dagegen für ein Richtfest der Universität für einen Fackelzug und für Delegationen zu nationalsozialistischen Studententagungen Hunderte von Mark bewilligt. Letzter Anlass zu dem Vorgehen des Ministers war die Weigerung der Studentenschaft, an Universitätsfeierlichkeiten teilzunehmen, denen Professor Gumpel, der bekannte Pazifist, anwohnte, und die neuerliche Forderung der Studentenschaft, Professor Gumpel habe aus dem Lehrkörper der Universität auszuschneiden.

SPD.Köln, 20.Jan. (Eig.Drahtb.)

In der Kölner Metallindustrie haben die Unternehmer den Angestelltentarif zum Zwecke des Gehaltsabbaus für den 28. Februar gekündigt.

SPD.Köln, 20.Jan. (Eig.Drahtb.)

In dem Betrieb der "Kölnischen Zeitung" sollte den Maschinensetzern in der Akzidenzabteilung die Leistungszulage abgezogen werden. Deshalb kam es zu Differenzen zwischen dem Personal der Firma, die sich so verschärften, dass das gesamte Personal am Dienstag vormittag um 11 Uhr beschloss, den Betrieb von 1 Uhr ab einzustellen, wenn die Firma ihre Absichten nicht aufgibt. Nach stundenlangen Verhandlungen gab die Firma klein bei: die Leistungszulagen bleiben den Maschinensetzern erhalten.

Die "Kölnische Zeitung" und der "Kölner Stadtanzeiger" erfuhren in der Herausgabe deshalb eine erhebliche Verzögerung, die die Verlage mit technischen Schwierigkeiten erklären wollen.

SPD.Solingen, 20.Jan. (Eig.Drahtb.)

Der Schlichtungsausschuss für das bergische Land hat für die Heimarbeiter in der Solinger Stahlindustrie einen Schiedsspruch gefällt, nach dem vom 1. Februar ab die Löhne für rostfreie Stahlwaren um 6 Prozent gesenkt werden.

SPD.Köln, 20.Jan. (Eig.Drahtb.)

Die Firma Felten und Guillaume-Karlswerk A.G. in Köln-Mülheim hat den Auftrag zur Herstellung eines 89 km langen Seefernsprechkabels zwischen Warnemünde und Gjedser in Dänemark erhalten.

SPD.Köln, 20.Jan. (Eig.Drahtb.)

In einem Heim der Kölner Heilsarmee sind zwei Arbeiter, die längere Zeit arbeitslos waren, nach dem Genuss von Methylalkohol gestorben.

SPD.München, 20.Jan.(Eig.Drahtb.)

Der larmende Rechtsstreit zwischen den Familien der beiden Lokomotivfabriken Henschel und Maffai in München ist im letzten Augenblick vor der am Dienstag abgehaltenen Generalversammlung, in der die Fusion Maffai mit der Lokomotivfabrik Krauss beschlossen wurde, beigelegt worden. Die Firma Henschel hat die an Maffai 1928 gegebenen 3,2 Millionen Aktien der Henschel A.G. in Kasse von der Familie Maffai zurückerhalten bzw. zurückgekauft, womit die für dem 19. Februar angekündigte gerichtliche Urteilsverkündung hinfällig und die für die Familie Maffai peinlich gewordene Angelegenheit aussergerichtlich beigelegt ist. Laut Generalversammlungsbeschluss hat die Krauss A.G. durch Hingabe von 2 Millionen eigenen Aktien die gesamten Maffai-Werke einschliesslich Fabrikationsgeschäft, Firmenname, Patente, Organisation und Kundschaft aufgekauft. Das Werk wird liquidiert, doch bleibt der Name Maffai in der neu fusionierten Gesellschaft erhalten. Der eigentliche Inhaber der Maffai-Werke war seit einigen Jahren ein Bankenkonsortium unter Führung der Filiale München der DD-Banken, das nun in der Krauss-Lokomotivfabrik eine Hauptrolle spielt.

SPD.Köln, 20.Jan. (Eig.Drahtb.)

Die Naziagitatoren erzählen ihren bedauernswerten Zuhörern in den Versammlungen bereits von den Garnisonen, die nach der Einführung des Dritten Reiches errichtet werden sollen. So erzählte in einer Versammlung in Gummersbach ein früherer Lehrer, jetziger Naziagitator Friedrichs, dass nach der Errichtung des Dritten Reiches das Städtchen Gummersbach Garnison werden soll. Das Arbeitsamt, das Kreishaus und einige andere öffentliche Gebäude sollten als Kasernen benutzt werden. Die neue Konsumvereinsbäckerei soll als Garnisonbäckerei dienen. Daraufhin machte einer der Versammlungsbesucher den treffenden Zwischenruf: "Und die Kommandantur der Garnison kommt nach Waldbröhl!" Dort ist nämlich eine Blödenanstalt!

SPD.Stockholm, 20.Jan. (Eig.Drahtb.)

Schweden wird gegenwärtig von einer starken Kältewelle heimgesucht, den diesjährigen Kälterekord verzeichnete am Montag Abend die Ortschaft Nattavaara in Nord-Schweden mit 41° Kälte.

SPD.Stockholm, 20.Jan. (Eig.Drahtb.)

Der Reingewinn aus der Herausgabe des amtlichen André-Buches beläuft sich auf rund 1/4 Million Kronen, die zum grössten Teil dem neugegründeten André-Fond zur Unterstützung naturwissenschaftlicher Forschungsarbeiten überwiesen werden.

SPD. Liegnitz, 20. Januar (Eig. Drahtb.)

Am Dienstag vormittag begann vor dem Liegnitzer erweiterten Schöffengericht der Bunzlauer Landfriedensprozess, der auf drei Tage berechnet ist. Ein grösseres Aufgebot Görlitzer Schutzpolizei war frühzeitig eingetroffen und hatte das Landgerichtsgebäude besetzt. Angeklagt sind 10 Personen, die zumeist dem Arbeiterstand angehören und von denen der Älteste im Jahre 1864 und der Jüngste, ein Lehrling, im Jahre 1915 geboren ist. Geladen sind 37 Zeugen, ausser einigen von der Verteidigung noch extra direkt geladenen Zeugen. Die Anklage vertritt Staatsanwaltschaftsrat Dr. Semmt. Den Vorsitz führt Landgerichtsdirektor Scholz. Die Angeklagten werden durch die Rechtsanwälte Gotthilf-Breslau und Dr. Knoch-Bunzlau verteidigt.

Gleich zu Beginn der Verhandlung ereignete sich ein Zwischenfall. Bei dem Angeklagten Schlosser Hube aus Bunzlau stellten sich Nervenstörungen ein. Die Anklage gegen ihn wurde abgetrennt. Vor Anberaumung eines neuen Termins wird er ärztlich untersucht werden. Grosses Aufsehen erregte es, dass ein Teil der Angeklagten die Aussage verweigerte. Die Liegnitzer Regierung ist durch Oberregierungsrat Dr. Parisius und einen Major der Schutzpolizei vertreten. Die Polizeiverwaltung Bunzlau hat Direktor Waelke nach Liegnitz dirigiert. Der Prozess ist zwar auf drei Tage berechnet, doch hofft man, ihn eher beenden zu können.

SPD. Im Haushaltsausschuss des Reichstages wurde am Dienstag die allgemeine Aussprache über den Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums festgesetzt.

Abg. Frau Sender (Soz) erklärt, dass der Berichterstatter, der nationalsozialistische Abg. Reinhardt zur grossen Verwunderung des Ausschusses mit keinem Wort auf die Wirtschaftslage und Krise eingegangen sei, dagegen Anträge gestellt habe, die praktisch mit der ursprünglichen Vorlage des "Marxisten Hilferding" übereinstimmten. Auch die Sozialdemokratie würde wünschen, dass für die Zwecke der Statistik mehr Mittel eingesetzt werden könnten. Mit unserer bisherigen Handelspolitik hätten wir erfreulicherweise wichtige Erfolge erzielt. Trotz der Weltkrise habe unser Aussenhandel nur eine ganz unwesentliche Verminderung erfahren. Der Handelsvertrag mit Frankreich, den im vorigen Reichstag gerade die Rechtsparteien so stark bekämpft hätten, habe eine Steigerung unseres Exports nach Frankreich zur Folge gehabt. Welche Gefahren ein Abweichen von der Meistbegünstigung für Deutschland heraufbeschwöre, beweihe der Zusammenschluss der skandinavischen Staaten mit Holland und Belgien, der nichts anderes als eine Abwehr gegen Deutschland bedeute. Deutschland hätte aber alle Ursache, seine Beziehungen zu diesen Staaten, die seine besten Kunden sind, und für 3,2 Milliarden Waren uns abnehmen, pfleglich zu behandeln. Ferner setzte sich die Rednerin für die baldige Ratifizierung des sogenannten kleinen Genfer Zollfriedens und der Verträge mit Polen und der Tschechoslowakei ein.

Im weiteren Verlauf der Sitzung gab Staatssekretär Trendelenburg einen Ueberblick über die Exportgarantien. Dass gewisse Sorgen wegen der starken kurzfristigen Verschuldung Deutschlands nicht von der Hand zu weisen seien, habe er bereits erklärt. Zur gegenwärtigen Devisenlage habe ihm die Reichsbank die Auskunft erteilt, dass zu besonderen Besorgnissen kein Anlass vorliege.

Der Ausschuss trat dann in die Einzelberatung des Etats ein.

SPD. Braunschweig, 20. Jan. (Eig. Dr.)

Der Redaktion des Braunschweiger "Volksfreund" ist nunmehr die Begründung zum Urteil des Oberlandesgerichts Braunschweig im Franzenprozess vom 20. Dezember zugegangen. Darin heisst es :

"Der Senat geht daher davon aus, dass die früheren Angaben des Zeugen Guth der Wahrheit entsprechen. Damit allein ist schon glaubhaft gemacht, dass nicht nur Guth selber, sondern auch der Verfügungskläger (Franzen) auf der Berliner Polizeiwache 16 übereinstimmend angegeben haben, der Festgenommene Paul Guth sei der preussische Landtagsabgeordnete Lohse, und dass sie dieses, ihr Verhalten erst in dem Augenblick geändert haben, als der Polizeimajor Heinrich endgültig die Ueberführung Guths zur Abteilung Ia angeordnet hatte und solche Ueberführung unmittelbar bevorstand. Damit unterstützt Guths Aussage diejenigen der Berliner Polizeibeamten, von denen unter allen Umständen die Zeugen Graf und Gehrman so bestimmt, klar und zuverlässig ihre Bekundungen gemacht haben, dass im Zusammenhalte gerade mit den Angaben Guths an der objektiven Richtigkeit kein Zweifel übrig bleiben kann. Dafür spricht ausserdem die innere Wahrscheinlichkeit.

Dem Landgericht mag zugegeben werden, dass von vornherein diese Annahme nicht unbedenklich erscheint, da bei der Persönlichkeit des Klägers als früheren Richters und jetzigen Landesministers keine Wahrscheinlichkeit dafür spricht, er werde sich selbst einem Parteifreunde zuliebe dazu hergeben, die zuständigen Staatsorgane in der Erfüllung ihrer Pflicht zu hindern und zu täuschen, indem er fälschlich seinen festgenommenen Parteifreund Guth als den Abgeordneten Lohse legitimierte. Nachdem aber Guth selber glaubwürdig zugestanden hat, dass dies dennoch geschehen sei, müssen alle Bedenken aus der Persönlichkeit des V.Klägers zurücktreten hinter den glaubhaft gemachten Tatsachen, und die vom Landgericht mit Recht hervorgehobene innere Unwahrscheinlichkeit für jene Annahme schwindet, wenn man beachtet, dass der V.Kläger auf der Berliner Polizeiwache nicht als Staatsbeamter, sondern als Mitglied und Abgeordneter der NSDAP aufgetreten ist, um dem Rufe eines Parteifreundes nach Rettung aus den Händen der preussischen Polizei zu folgen. Gerade seine Parteilstellung und nur diese hat den V.Kläger vor die Wahl gestellt, entweder den Parteifreund im Stich zu lassen oder die Berliner Polizei irre zu führen. Dazu kam, dass durch das Bekanntwerden der Ueberlassung von Lohses Fahrtausweis an Guth, die mindestens ungehörig war, nicht nur Lohse selbst, sondern mittelbar auch die Partei, der die Beteiligten angehören, in Mitleidenschaft gezogen wurde, und der V.Kläger durch seine fälschliche Legitimation Guths nicht nur dessen Entlassung zu erreichen hoffen mochte, sondern auch gleichzeitig die Tatsache hätte aus der Welt schaffen können, dass sich der Fahrtausweis eines nationalsozialistischen Landtagsabgeordneten in den Händen eines Unbefugten befand. In dieser Richtung liegen die Erklärungen des Zeugen Lohse: "Ich denke nicht daran, einen Parteigenossen dem preussischen Polizeisystem auszuliefern" und des V.Klägers selbst in der Rede zu Altona vom 2. Dezember 1930 (Altonaer Tageblatt No. 282): "Als braunschweigischer Polizeiminister bin ich immer noch kein preussischer Hilfspolizeibeamter."

Minister Franzens Entschuldigung, er habe den Guth nicht vor allen Beamten in der Wache bloßstellen wollen, ist ein weiterer Beweis dafür, dass der Verfügungskläger dort nicht nur die Wahrheit unterdrückt, sondern positiv die Unwahrheit bekundet hat, indem er den Guth als den Abgeordneten Lohse bezeichnet hat.

Es ist also genügend glaubhaft gemacht und folgt aus den Umständen von selbst, dass diese fälschliche Legitimation keinen anderen Zweck gehabt haben kann, als Guth den Händen der preussischen Polizei zu entziehen.

Zusammenfassend ist hiernach von den V.Beklagten (Thielemann und Rieke und C) glaubhaft gemacht, dass der V.Kläger den wegen Bannkreisverletzung und Uebertretung festgenommenen Landwirt Paul Guth, der sich der Berliner Polizei gegenüber auf Grund eines mit Lichtbild versehenen Eisenbahnausweises als preussischer Landtagsabgeordneter Lohse bezeichnet hatte, ebenfalls als Lohse reklamiert und unter Hinweis auf die aus der Landtagsabgeordneten-eigenschaft folgende Immunität Lohses die Freilassung Guths zu erwirken ver-

sucht, also insofern die Unwahrheit gesagt und die Polizei irreführt hat."

Diese Begründung ist für Herrn Franzen vernichtend. Kann einem so charakterisierten Manne noch fernerhin die Polizeigewalt in einem Lande überlassen bleiben ?

SPD. Paris, 20. Januar (Eig. Drahtb.)

Die Tatsache, dass man in Frankreich von dem bisherigen Verlauf der Genfer Tagung sehr wenig befriedigt ist, ist sicher noch kein Beweis dafür, dass man in Deutschland Anlass zu Freude und Genugtuung hätte. Wenn ein Teil der deutschen Presse die durch Grandi und Curtius erzwungene Zulassung Russlands und der Türkei zu den Wirtschaftsverhandlungen des Europa-Ausschusses um jeden Preis zu einem grossen Sieg der deutschen Diplomatie aufzublasen versucht, so ist das ein ebenso billiges wie kindliches Vergnügen. Ob für das deutsche Volk viel damit gewonnen ist, ob es für Deutschland nicht vorteilhafter gewesen wäre, wenn der deutsche Aussenminister die Energie, die er auf die Vertretung der russischen Interessen verwandt hat, daran gesetzt hätte, Frankreich und England zu einer Kredithilfe für Deutschland zu bestimmen, mit deren Hilfe die darniederliegende deutsche Wirtschaft hätte angekurbelt und die Arbeitslosigkeit gelindert werden können, ist eine andere Frage, deren Beantwortung man am besten denjenigen überlassen wird, die heute von einem "Triumph der deutschen Sache" über Frankreich phantasieren.

Auf der anderen Seite hat gerade die Entwicklung der Dinge im Europa-Ausschuss gezeigt, wie töricht das Geschwätz von einer alliierten Einheitsfront gegen Deutschland war, mit dem ein grosser Teil der bürgerlichen Presse seit Wochen die Öffentlichkeit alarmieren zu müssen glaubt. In den Verhandlungen des Europa-Ausschusses hat Henderson auf seiten der deutschen Delegierten gestanden und auch von französischer Seite ist die Diskussion lediglich nach sachlichen Gesichtspunkten und ohne jede Spitze gegen Deutschland geführt worden. Auch im Völkerbundsrat haben sich die alliierten Delegationen bisher gegenüber Deutschland einer durchaus korrekten Haltung befleißigt und selbst in der heiklen Polen-Debatte würde, wie auch der Einstellung der französischen Presse unzweideutig hervorgeht, Dr. Curtius nur dann das Risiko laufen, allein zu stehen, wenn er sich durch Ueberspannung der deutschen Forderungen selbst isolieren würde.

SPD. Paris, 20. Januar (Eig. Drahtb.)

Nach einer Information des "Paris Midi" soll in italienischen Fliegerkreisen die Absicht bestehen, zum 10 jährigen Geburtstag des faschistischen Regimes, der nächstes Jahr mit grossem Pomp in Italien gefeiert werden wird, die Welt durch einen grandiosen Beweis seiner Leistungsfähigkeit zu überraschen. Unter dem Oberbefehl des Luftfahrtministers Balbo, der bekanntlich die jüngste Ueberquerung des Ozeans der italienischen Wasserflugzeuge geleitet hat, soll im Jahre 1932 zu Ehren Mussolinis ein italienisches Flugzeuggeschwader den Ozean in direkter Linie auf New York überfliegen. Die vielen Toten, die diese Flüge über den Ozean von Osten nach Westen schon gekostet haben, werden Mussolini gewiss nicht von seinen ehrgeizigen Plänen abhalten.

SPD. Paris, 20. Januar (Eig. Drahtb.)

Die Debatte über die Kriegsschuldfrage, die durch die Enthüllungen in den Memoiren Bülow's wieder entfacht worden war, erhält eine interessante Bereicherung durch die in Paris bevorstehende Veröffentlichung des Briefwechsels des ungarischen Ministerpräsidenten Graf Tisza. Die "Ordre" ist heute

schon in der Lage, aus dieser Sammlung einen Bericht des Grafen vom 8. Juli 1914 an den Kaiser Franz Josef im Vorabdruck zu veröffentlichen. Tisza spricht sich darin auf das entschiedenste gegen jeden Krieg mit Serbien aus, zumal man "bisher nicht genügenden Grund habe, um Serbien für den Mord von Serajewo verantwortlich zu machen". Ausserdem fährt Tisza in seiner Beweisführung fort, könne er sich keineswegs dem Optimismus der Berliner Regierung anschliessen, der rückwirkend in Wien den Beschluss der Ministerkonferenz hervorgerufen habe, "einen Krieg mit Serbien zu provozieren, um endlich mit den ältesten Feinden Österreichs abzurechnen". Diesen Plan könne er nicht billigen, denn ein Krieg gegen Serbien müsste "eher zum Nachteil" Österreichs ausfallen, denn er müsste "höchstwahrscheinlich die Intervention Russlands und damit einen Weltkrieg zur Folge haben". Österreich würde vor allem gegen Russland und Rumänien zu kämpfen haben, was "seine Siegesaussichten beträchtlich vermindern" müsste. Ausserdem müsse man "an die wirtschaftlichen und finanziellen Umwälzungen, an die Leiden und Schmerzen denken, die ein Krieg unvermeidlich mit sich bringt", betont Tisza weiter, um dann zum Schluss wiederholt und formell jede Verantwortung für ein gewaltsames Vorgehen für einen Präventivkrieg gegen Serbien abzulehnen.

SPD. Paris, 20. Januar (Eig. Drahtb.)

In Paris hat die Grippe-Epidemie ihren Höhepunkt erreicht. Sie hat zu einer Reihe von Massnahmen in den Garnisonen, Schulen und öffentlichen Betrieben geführt, wo alle vier Stunden warme Getränke verabreicht werden. Ausserdem ist eine systematische Desinfizierung der Räume angeordnet worden. Die Krankheitserscheinungen sind jedoch durchweg harmloser Natur und beeinträchtigen, nach den bisherigen Feststellungen zu schliessen, die normale Sterblichkeit nur in sehr geringem Masse.

SPD. Die Nationalliberale Correspondenz, das Organ der Deutschen Volkspartei, veröffentlicht folgende abschliessende Betrachtung zum 18. Januar:

"Nicht nur die überaus grosse Zahl der Reichsgründungsfeiern am 18. Januar, nicht nur ihr überaus würdiger Verlauf, sondern vielmehr noch die tiefe Wirkung, die von ihnen ausging, und sie die nationale Anteilnahme von Millionen Volksgenossen finden liessen, beweist deutlicher als alles andere, dass der 18. Januar tatsächlich der einzige Tag ist, der zum Nationalfeiertag erklärt werden könnte und müsste."

Da ist die Katze aus dem Sack! Der 18. Januar soll dem 11. August den Garaus machen, weil die Rechtsparteien einschliesslich der Volkspartei die Verfassung von Versailles der Verfassung von Weimar vorziehen.

SPD. Die KPD hält ihre Anhänger und Mitläufer in Bewegung. Für den 25. Februar ist schon wieder ein "Grosskampftag" angesetzt, für den lebhaft propagandistische und organisatorische Vorbereitungen im Gange sind. Das sogenannte Westeuropäische Büro der dritten Internationale hat für diesen Termin einen internationalen "Kampftag gegen Arbeitslosigkeit" bestimmt. Unter dem Vorwand, die proletarische Einheitsfront zur Gegenoffensive zu formieren, wird das Hauptgewicht auf die Formierung von Erwerbslosenstaffeln gelegt; die für die geplanten Aufmärsche und Kundgebungen möglichst die Betriebsarbeiter mitreissen sollen. Irgendwelche Verbote sollen nicht beachtet sondern durch entsprechende Gegenaktionen wirkungslos gemacht werden. Es werden folgende schematische "minimale Aktionsforderungen" aufgestellt:

1. Eine Winterbeihilfe in der Höhe eines Betrages, der jedem Erwerbslosen zum mindesten 2 Monate das Existenzminimum sichert. Für die Deckung soll das Militärbudget der Einzelstaaten herangezogen werden. 2. Erzwingung einer Erwerbslosenversicherung ausschliesslich auf Kosten der Unternehmer und des Staates, d.h. für diejenigen Länder, in denen es überhaupt noch keine Erwerbslosenversicherung gibt. In den anderen Ländern: Erhöhung der Unterstützungssätze. 3. Befreiung der Erwerbslosen von der Wohnungsmiete und von den Ausgaben "für notwendige kommunale Dienste". 4. 7 Stunden Arbeitstag mit vollem Lohnausgleich, Verbot der Massenentlassungen und Lohnerhöhungen.

Für Deutschland speziell soll als Kampfparole die "sofortige Einstellung der Zahlungen für den Youngplan" in den Vordergrund gestellt werden. Ueber den rein politischen und demagogischen Zweck dieser Veranstaltung lassen die Moskauer Arrangeure keinen Zweifel, indem sie als Sinn dieses Kampftages die "revolutionäre Erhebung" bezeichnen.

SPD. Die Ausrede der "Welt am Abend", dass die der KPD gehörende Citydruckerei in Berlin "ordnungsgemäss einen Stillegungsantrag gestellt" habe, beantwortet die Tageszeitung der Rechtskommunisten wie folgt: "Ordnungsgemässer Stillegungsantrag! Das ist wirklich eine echt kapitalistische Begründung, die einem Borsig und Siemens alle Ehre macht, die aber eine Schande für ein proletarisches Blatt ist. Es bleibt dabei, die Verlegung der "Welt am Abend" und damit die Arbeitslosmachung von 50 revolutionären Proletariern ist aus rein kapitalistischen Profitinteressen erfolgt. Während alle einfachen Parteimitglieder in Sport, Kultur und sonstigen Massenorganisationen angehalten und verpflichtet werden, evtl. Druckaufträge ihrer Organisationen der Parteidruckerei zukommen zu lassen, ist Münzenberg einer der massgebenden Führer der KPD., schon immer dafür bekannt, dass er alle seine vielen Druckaufträge nur in privatkapitalistische Betriebe gibt." Denselben Blatt zufolge wird Münzenberg in der graphischen Arbeiterschaft Berlins als "der Schrittmacher der Lohnabbauaktion der Buchdruckereiuunternehmer" bezeichnet.

SPD. Genf, 20. Januar (Eig. Drahtb.)

In der Aussprache hat am Dienstag die Europa-Konferenz mit 20 gegen 7 Stimmen die Entschliessung ihres Sechser-Komitees angenommen, in der bekanntlich Island, Russland und die Türkei eingeladen werden, an den Wirtschaftsberatungen der Kommission teilzunehmen. Belgien, Holland, Norwegen, Schweden, die Schweiz, Spanien und Jugoslawien stimmten dagegen. Als Briand fragte, ob noch ein Staat eingeladen werden sollte, meldete Zaleski sich nicht. So wurde Danzigs Antrag zunächst nicht gestellt. Später ergab sich, dass Zaleski sich an Briand um Entscheidung gewandt hatte.

Der Schluss der Aussprache über Colijns Wirtschaftsbericht brachte noch mehrere Reden, von denen die des deutschen Reichsaussenministers feststellte, dass die Empfehlungen der Weltwirtschaftskonferenz über den Abbau der Zollsätze auf Industriezölle durch Verhandlungen und autonom durchgeführt worden seien, dagegen nicht bei landwirtschaftlichen Zöllen, wo die Zollerhöhungen durch den Umschwung der Marktverhältnisse und die Produktionssteigerungen aussereuropäischer Länder erzwungen worden seien. Curtius erklärte sich für den Präferenzplan der Donaustaaten. Deutschland als Staat, dessen Landwirtschaft unter der Kurzfristigkeit und der Zinslast der gegebenen Kredite leide, sei an der Organisation des Agrarkredits in stärkster Masse interessiert.

Der Vorsitzende des Finanzkomitees sprach dann auch über die Organisation des Agrarkredits, wofür er eine Kommission aus Sachverständigen und Mitgliedern der Agrar- und Finanzeinrichtungen des Völkerbundes vorschlug, die der nächsten Ratstagung einen Plan vorlegen soll. Briand schlug vor, sofort zu

handeln, damit die Hilfe rasch wirksam werden könne. Curtius regte an, dass dieses Komitee auch die übrigen Wirtschaftsfragen behandeln und bis zur Maitagung der Europa-Kommission Vorschläge machen solle. Er hoffe auch, dass Danzig bis zur Maitagung eingeladen werde, da es einen entsprechenden Antrag an Polen gerichtet habe. Dieserhalb werde er sich noch mit der polnischen Delegation ins Benehmen setzen. Henderson machte den Vorbehalt, dass die Unterkommission nicht den Vorschlag Marinkowitsch über die Meistbegünstigungsklausel behandeln solle, der nicht annehmbar sei. Auf Briands Bemerkung, es handele sich hier um ein Redaktionskomitee, das die Resolutionen dieser Tagung und der Ausschüsse bearbeiten solle, antwortete nochmals Curtius, dann würden ja seine Wünsche auf Erledigung aller aufgeworfenen Fragen im Mai erfüllt. Danzigs Einladung sei übrigens keine juristische, sondern eine politische Frage. Darauf betonte Zaleski, vom politischen Standpunkt sei nichts gegen Danzigs Einladung einzuwenden. Er selbst habe sich an Briand gewandt um Entscheidung dieser Frage.

Hierauf schlug Briand als Mitglieder des Redaktionskomitees vor: Curtius, Grandi, Titulescu, Buroff, Henderson, Hymans, Mowinkel und Briand, gegen die kein Einspruch erfolgte. Am Mittwoch wird im Ausschuss im Anschluss an die Nachmittagssitzung des Rats die Europa-Kommission den Bericht des dänischen Aussenministers über die Organisation der Europa-Union hören, während vor der Vormittagssitzung des Rats die neue Kommission sich konstituieren wird.

SPD. Der Strafgesetzausschuss des Reichstags unternahm am Dienstag einen dritten Anlauf zur Beratung der Strafrechtsreform. Die Beratung begann mit einer kurzen Generaldebatte, in der nur ein kommunistischer Redner sprach.

Bei der Eröffnung der Sitzung fiel es auf, dass die nationalsozialistischen Mitglieder des Ausschusses nicht erschienen waren. Im Laufe der Rede des kommunistischen Abgeordneten wurde nun dem Vorsitzenden des Ausschusses, dem Abg. Kahl, eine durch das Nachrichtenbüro des Vereins Deutscher Zeitungsverleger verbreitete Erklärung der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion übergeben, nach der die Nationalsozialisten grundsätzlich ablehnen, im Strafrechtsausschuss mitzuarbeiten, weil die Justiz unter dem Einfluss marxistischer Parteiwillkür stehe und die Nationalsozialisten nicht im Stande wären, unter diesen Umständen gestaltend am neuen Strafgesetz mitzuwirken.

Während der Verlesung dieser Erklärung erschien der Abg. Stöhr (Natsoz) und fragte am Ende der Verlesung den Vorsitzenden sehr aufgeregt, woher er die Erklärung habe. Abg. Kahl erwiderte: "Von der Presse", worauf Herr Stöhr geringschätzig rief: "Also von einem Schmock!" Weiterhin erklärte er, dass es sich bei diesem Schreiben um eine Mystifikation handle. Die Nationalsozialisten wären nur nicht erschienen, um gegen den Vorsitzenden, Abg. Kahl, zu demonstrieren, der im Plenum gesagt habe, er würde es begrüßen, wenn Kommunisten und Nationalsozialisten an den Arbeiten des Ausschusses nicht teilnehmen würden. In der Folge würden die nationalsozialisten wieder an der Beratung teilnehmen.

Es erhebt sich nun die Frage: Wie ist die nationalsozialistische Erklärung, deren parteiamtlicher Charakter nachträglich bestritten wurde, an das Nachrichtenbüro des Vereins Deutscher Zeitungsverleger gelangt und was hat sich zwischen der Uebergabe dieser Erklärung an das Nachrichtenbüro und dem Auftreten des Herrn Stöhr im Ausschuss ereignet? Das Rätsel ist leicht zu lösen. In der Zwischenzeit hat der Fraktionsvorsitzende Stöhr die grundsätzliche Aktion der wilden Männer in seiner Fraktion zu einer einmaligen Demonstration abgelenkt. Dass er danach die Presse und speziell das Nachrichtenbüro des Vereins Deutscher Zeitungsverleger mit der Bemerkung "Schmock" beschimpft, ist ein weiterer Beweis für die besonderen Charaktereigentümlichkeiten der Nationalsozialisten.

SPD. Bremen, 20. Januar (Eig. Drahtb.)

Im Krematorium Bremen wurde heute die Leiche des Fememörders Fahlbusch verbrannt. Am Sarge sprach ein Pastor Bode über das Thema: "Ihr solltet stolz sein auf diesen Toten." Der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Thiele sprach: "In einem verabscheuenswerten Staat sass eine gefesselte Justiz über Fahlbusch zu Gericht."

Der brutale Fememörder, der Geistliche, der auf den Mörder stolz ist, und der Reichstagsabgeordnete, der den Staat beschimpft, - sie sind einander würdig.

SPD. Habana, 20. Januar (Eig. Drahtb.)

Durch eine Bombenexplosion wurde am Dienstag die hiesige städtische Wasserversorgung stillgelegt. Die Bombe zerstörte die Hauptleitung, die in der Nähe des Stadtzentrums liegt, und richtete beträchtlichen Schaden an. Personen wurden nicht verletzt. Die Behörden vermuten, dass die Urheber in anarchistischen Kreisen zu suchen sind.

In Buenos Aires explodierten zur gleichen Zeit an den wichtigsten hauptstädtischen Eisenbahnhöfen drei Höllenmaschinen und richteten eine ungeheure Verwirrung an. Der Bahnverkehr ist durch entgleiste Wagen und herausgerissene Schienen unterbrochen. Es wurden schätzungsweise drei Personen getötet und 20 verletzt. Die Polizei nimmt an, dass es sich um einen Racheakt radikaler Elemente handelt und die Antwort auf die kürzlich verfügte Entlassung von Eisenbahnpersonal ist. Die Polizei wurde in Alarmbereitschaft versetzt und die Verhaftung radikaler Führer angeordnet.

SPD. London, 20. Januar (Eig. Drahtb.)

Es zeigt sich jetzt, dass die Front der Baumwollfabrikanten grosse Löcher aufweist. Etwa nur die Hälfte der Unternehmer hat sich dem Aussperrungsbeschluss gefügt. Unter den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern findet zur Zeit eine Urabstimmung statt, in der die Frage vorgelegt ist, ob den gewerkschaftlichen Organisationen das Recht erteilt werden soll mit dem Gesamtunternehmerverband zu verhandeln.

SPD. London, 20. Januar (Eig. Drahtb.)

Im Saargebiet wurde vom englischen Präsidenten der internationalen Saarkommission die Vorführung der Filme "Im Westen nichts Neues" und "Vier von der Infanterie" verboten.

SPD. Bombay, 20. Januar (Eig. Drahtb.)

Mit ungeheurer Spannung wurde am Montag in Indien der Ausgang der englisch indischen Konferenz und die Rede MacDonaldis erwartet. In allen Städten standen die Massen vor den Zeitungsgebäuden um die Extrablätter zu erwarten. Jedoch nachdem die Rede MacDonaldis und die Stellung der englischen Regierung bekannt ist, lässt sich sagen, dass sie selbst in dem extremen und allindischen Lager Befriedigung ausgelöst hat, obgleich eine Amnestie der politischen Gefangenen erwartet wurde. Dass sie ausgeblieben ist, enttäuscht auch die liberalen Inder. Darüber hinaus herrscht jedoch in der gesamten Öffentlichkeit die Zuversicht. Die Rede MacDonaldis hat eine völlig neue Lage in Indien geschaffen, was auch in den Artikeln der allindischen Hindu-Presse seinen Ausdruck findet. Liberale Zeitungen rufen in fetten Lettern: "Indiens Schlacht"

ist gewonnen". Eine Zeitung sagt, es sei jetzt die Pflicht Gandhis mitzuarbeiten. Nationalistische Hindublätter erklären, die Rede MacDonaldis sei ein Fortschritt und eine geeignete Basis für Verhandlungen mit den Kongressführern. Die Allindier wollen nunmehr auf einem Kongress zur neuen Lage Stellung nehmen.

SPD. London, 20. Januar (Eig. Drahtb.)

Abgesehen von der aussersten Rechten ist die gesamte englische Presse sehr befriedigt von dem Ausgang der englisch-indischen Konferenz und einmütig wird, wie der "Manchester Guardian" schreibt, die "bewunderswerte Arbeit MacDonaldis" anerkannt und hervorgehoben. Es ist ohne Zweifel, dass diese fast dreimonatlichen Verhandlungen und ihre Ergebnisse die Autorität der Arbeiterregierung gestärkt haben, was nicht ohne Einfluss auf die am Dienstag begonnene neue Parlamentsperiode bleiben wird. Daran ändert auch nichts die neueinsetzende wütende Opposition der Rothermere-Presse, die die Arbeiterregierung anklagt, sie habe Indien preisgegeben und sie sei im Begriffe, das englische Imperium zu zerstören.

In Wahrheit hat die Arbeiterregierung durch die Beschlüsse der englisch-indischen Konferenz und durch die Rede MacDonaldis der inneren Entwicklung in Indien Raum gegeben und jene Tatsachen anerkannt, gegen die sich die früheren konservativen Regierungen stets gesträubt haben. Wäre der ersten Arbeiterregierung ein längeres Leben beschieden gewesen und hätte die englisch-indische Konferenz fünf Jahre früher stattgefunden, es wäre weder der Schaden Englands noch der Indiens gewesen.

Dieselben halsstarrigen Nationalisten wie in England beleben auch Indien. Und es wird die schwere Aufgabe der zurückkehrenden indischen Delegierten sein, auch in Indien jenen Boden vorzubereiten, den die Arbeiterregierung in England allen konservativen und selbst liberalen Widerständen zum Trotz zu schaffen wusste. Durch die Schlussrede MacDonaldis hat die englische Regierung, und damit auch England, feierlich das Prinzip der indischen Selbstverwaltung und der Gleichberechtigung Indiens anerkannt. Ein Zurück gibt es für England nicht mehr. Offiziell ist die englisch-indische Konferenz geschlossen. In Wirklichkeit ist sie lediglich vertagt. Ohne Verzug, wie MacDonaldis erklärte, sollen die Arbeiten zur Schaffung der indischen Verfassung und Selbstverwaltung in Angriff genommen werden. Kommissionen sind gewählt, die die Konferenzbeschlüsse in die Tat umsetzen und die vorhandenen Streitigkeiten schlichten sollen, zu denen vor allem die Einigung der Moslems und Hindus gehört. An erster Stelle steht jedoch eine Kommission, die mit Gandhi und dem allindischen Kongress Frieden schliessen und sie zur Mitarbeit auffordern soll. Von den Allindern fordert dies das Ende des indischen Boykotts und der Gesetzesübertretungen und MacDonaldis setzte in seiner Rede als erste Gegengabe: die Amnestie der politischen Gefangenen.

Die Konferenz hat bewiesen, dass die Arbeiterregierung die Zeichen der Zeit verstand und ihnen deutlich Ausdruck gegeben hat. Sie hat ferner den Extremen in England und Indien bewiesen, wie kostbar der Frieden ist und wie viel mehr durch Verständigung erreicht werden kann, als durch einen Krieg, der nur zerstört und nicht aufbaut.

SPD. Budapest, 20. Januar (Eig. Drahtb.)

Am Dienstag Morgen wurde auf einer Bank in der Nähe der Donau der ehemalige Minister von Beniczky tot aufgefunden. Er hatte sich durch einen Revolverschuss getötet. In einem Zustand von Gemütsdepression dürfte Beniczky Selbstmord verübt haben.

Beniczky war ein Konservativer und ist zuerst als Journalist und später

als Abgeordneter der klerikalischen Volkspartei an die Öffentlichkeit getreten. Nach dem Sieg der Gegenrevolution, zu deren Stützen er gehörte, wurde er Innenminister. Die blutigen Taten der Gegenrevolution hat er aber nicht mitgemacht, sondern sie zu enthüllen versucht. Namentlich die Umstände, unter denen der Redakteur der "Nepszava", Somogyi, ermordet wurde, hat er aufgedeckt. Beniczky konnte aber die Täter nicht verhaften lassen, weil der Anstifter des Mordes, Horthy, der damals militärischer Oberbefehlshaber war, das verhinderte. Als Horthy Reichsverweser wurde, begann Beniczky sofort einen politischen Feldzug gegen ihn und verglich ihn in einer Rede im Abgeordnetenhaus mit einem Indianerhäuptling. In dem Prozess wegen der Ermordung Somogyi übergab er dem Militärgericht ein schriftliches Protokoll, in dem er die Rolle Horthys als Anstifter des Mordes ausführlich darlegte. Aufgrund der von ihm amtliche durchgeführten Erhebungen stellte Beniczky fest, dass Horthy in Gegenwart des Grafen Bethlen Beniczky und anderer, als ihm von der Militärzensur ein Bürstenabzug eines Artikels von Somogyi übergeben wurde, den Auftrag zum Mord gab mit den Worten: "Wer solche Sachen schreibt, der wird schwimmen." Seine Zeugenaussage erregte damals das grösste Aufsehen und die anderen Teilnehmer der Sitzungen wagten sie nicht abzuleugnen. Beniczky führte den Kampf gegen Horthy auch später weiter und wurde 1924 wegen Beleidigung Horthys zu drei Jahren Gefängnis verurteilt, nach kurzer Zeit jedoch wegen Krankheit begnadigt. Man liess ihn darauf in der Politik keine Rolle mehr spielen, sondern stellte ihn vollständig kalt.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Mittwoch-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Neue Hakenkreuz=Kraftworte.

SPD. Der Hakenkreuzprofessor Kraft, der im Zivilberuf Schullehrer in Mannheim und daneben Abgeordneter der Nationalsozialistischen Partei im badischen Landtag ist, hat kürzlich im badischen Landtag von einem Zentrumsabgeordneten wohlverdiente Ohrfeigen erhalten. Herr Kraft, der durch besondere Hakenkreuz=kraftsprüche berüchtigt ist - er schwärmt von Hängen, Erschiessen und Köpfen - hat sich dafür mit dem Körperteil revanchiert, der bei ihm am tapfersten und aktivsten ist, nämlich mit dem Munde. In einer nationalsozialistischen Versammlung in Karlsruhe erzählte er:

"Wenn wir Frontsoldaten geahnt hätten, welches Gesindel sich in den deutschen Parlamenten herumtreibt, hätten wir nicht länger auf die Franzosen und Engländer geschossen, wir hätten unsere Gewehre umgedreht. Wenn die Feinde von damals bezahlte Agenten nach Deutschland schickten, konnten diese sich nicht anders aufführen, als gewisse deutsche Parlamentarier."

Man stelle sich vor, dass ein sozialdemokratischer Abgeordneter in öffentlicher Versammlung erklären würde, es wäre besser gewesen, wenn die deutschen Frontsoldaten im Weltkrieg nicht mehr auf Franzosen und Engländer geschossen, sondern die Gewehre umgedreht hätten. Hochverrat, Landesverrat, Vaterlandsverrat, bezahlter Agent der Feinde - so würde die nationalistische Meute landauf und landab geheult haben. Es ist einem Nationalsozialisten vorbehalten geblieben, diesen Ausspruch zu tun. Dass dieser Mann daneben noch Staatsbeamter und noch dazu Jugendbildner sein kann, ist traurig genug.

Der Nationalsozialist, der so offen den Hochverrat und Landesverrat predigt, beschimpft mit den deutschen Parlamenten und ihren Abgeordneten zugleich sich selbst. Aber das merkt er nicht, denn dazu reicht seine geistige Kapazität nicht mehr aus!

Der Dank an die Schwerindustrie.

Herr Hitler reist als commis voyageur seiner Partei im Lande umher um bei den Schwerindustriellen Subventionen für die Hakenkreuzbewegung zu schnorren. Des öfteren wird er dabei abgewiesen wie ein lästiger Bittsteller, noch häufiger muss er antichambrieren, kurzum die Herren Wirtschaftsführer lassen Herrn Hitler fühlen, dass er im Grunde genommen von ihnen ausgehalten wird. Man weiss das bei den Führern der Nationalsozialisten sehr gut und man stattet deshalb den Dank für die Subventionsgelder aus den Kreisen der Industrie auf ganz besondere Art und Weise ab.

In diesen Tagen veranstaltete der Gau München der Nationalsozialistischen Partei eine grosse Werbeversammlung. Dabei sprach der Landtagsabgeordnete Dauser. Er erzählte:

"Welcher Unterschied besteht zwischen dem Saustall eines Bauern und dem Saustall in der deutschen Wirtschaft? - Die Säue, die aus dem Saustall eines Bauern kommen, sind in der Regel geniessbar, jene aber, die unsere Wirtschaft führen, nicht."

Der Vergleich der Herren Wirtschaftsführer mit Säuen ist ganz reizend. Nur hätte Herr Dauser nicht so offenherzig verraten sollen, dass sie manchmal nicht geniessbar sind. Dann nämlich nicht, wenn Herr Hitler im Frack angezogen kommt um Hilfsgelder einzukassieren.

Wir empfehlen den Herren Schwerindustriellen, die den Nationalsozialisten nachwerfen, diese Dankkundgebung vom Hause Hitler auf das allerwärmste!

Die Politik kommt nach der Stelle.

Der Nationalsozialist Graf Reventlow veröffentlicht in seinem Blättchen das folgende Inserat: "Schriftleiter, seit 1920 als Zeitungsherausgeber, Schriftleiter und Werbeleiter tätig, sucht Stellung. 35 Jahre alt, ohne parteipolitische Pläne, Frontsoldat. Rückfragen an den Herausgeber." Der Suchende hat also wohl Stellungspläne, aber keine parteipolitischen Pläne, das heisst, die Politik wird sich bei ihm nach der Stelle richten, immer nach dem Motto: Wes Brot ich ess, des Lied ich sing. Das ist echt nationale Ueberzeugungstreue!

Die todeswürdige Vermischung.

Herr Wulle, letzte Säule des ganz in Vergessenheit geratenen völkischen Zweigs der Rechtsradikalen, existiert immer noch. Er beschäftigt sich intensiv mit Judenriecherei. In den Deutschen Nachrichten versucht er dem Reichspräsidenten Hindenburg etwas anzuhängen. Verjudung bei Hindenburg? Herr Wulle bringt auch das fertig, wenn auch auf höchst indirekte Weise. Hindenburg hat nämlich vor kurzem den Kunstgelehrten Georg Dehio dadurch geehrt, dass er ihm den Adlerschild verlieh. Dieser Kunstgelehrte aber ist mit einer Frau verheiratet, deren Mädchenname Friedländer lautete! Wir wissen nicht, ob auch eine Ehrung eines Mannes, der mit einer Jüdin verheiratet ist, im Dritten Reich als todeswürdige Vermischung von Germanen und Juden gewertet werden wird. Herr Wulle jedoch scheint ernstlich dieser Ansicht zu sein.

Wird dieser Paragraph, der die Vermischung jüdischen und arischen Blütes mit Todesstrafe bedroht, im Dritten Reich erst einmal durchgeführt, dann wird auch in sehr rechtsstehenden Kreisen Heulen und Zähneklappern sein. Da ist Herr Scholz, der mit einer jüdischen Frau verheiratet ist. Neben ihm sein Konkurrent vom rechtesten Flügel der Volkspartei, der Staatssekretär a.D. Schmid. Herr Schmid drängt eifrig auf eine Annäherung der Volkspartei an die Nationalsozialisten hin. Das hat seinen tieferen Grund. Diese Anbietung ist die Folge eines Minderwertigkeitskomplexes. Auch Herr Schmid hat eine Vollblutjüdin zur Frau, die Tochter des verstorbenen Oberlandesgerichtsrats Werther, der in Posen amtierte. Dass der Schwiegervater sich seinerzeit taufen liess, ändert an der Rassenzugehörigkeit natürlich garnichts.

Herr Schmid scheint durch sein Rechtdrängen mildernde Umstände begründen zu wollen. Aber was hilft, wenn Herr Wulle sogar Hindenburg verdammt, der doch auf höchst indirekte Weise über einen Kunstgelehrten und dessen jüdische Frau in Berührung mit dem Judentum gekommen ist, so wird auch Herr Schmid im Dritten Reich nicht auf Gnade rechnen dürfen. Hilft nichts, er wird verbrannt!

Aus aller Welt

Achtung, Gasmasken vor!

Der deutschnationale Korruptionssumpf treibt neue Blasen - Die Hakenkreuzmit-schuldigen leisten Beihilfe - Giftgaswolken rund um Bäckermeister Drewitz.

SPD. Der deutschnationale Skandal im Berliner Pfandbriefamt geht in ver-stärktem Masse weiter. Neue Einzelheiten werden bekannt, die das Verhalten der deutschnationalen Politiker in ganz besonders üblem Lichte erscheinen lassen. Es steht fest, dass an der Stadtschaftsbank eine unglaubliche Futterkrippen-wirtschaft herrschte. Bei 22 Angestellten steckten zehn Aufsichtsratsmitglieder - fast sämtlich aktive deutschnationale Politiker - Tantiemen ein. Ganz beson-ders nett und bezeichnend aber ist es, dass der Berliner Magistrat schon vor vielen Monaten die Abberufung des gesamten Aufsichtsrats gefordert hat. Auch an die Grundstücksgesellschaft Roland, an der sich das Pfandbriefamt zu sehr durchsichtigen Zwecken beteiligt hatte, wurde diese Forderung gestellt. Mit die-sen Forderungen des Magistrats ging sein Schritt konform, Herr Le Viseur, den Pfandbriefamtsdirektor, zu veranlassen, aus dem Aufsichtsrat der Berliner Bank für Handel und Grundbesitz auszuschneiden.

Aber Herr Le Viseur dachte nicht daran. Er hielt an seinen fetten, höchst unzulässigen Einnahmequellen fest und liess sich auch nicht zu dieser Konzes-sion an die guten Sitten herbei, als der Magistrat beim Oberpräsidenten Meier beantragt hatte, seine Forderung zwangsweise durchzudrücken. Ganz besonders be-zeichnend aber dafür, welches Entsetzen die Rechte infolge der Enthüllungen über die unglaublichen Vorfälle beim Pfandbriefamt und der Stadtschaftsbank er-griffen hat, beweist das Verhalten der nationalsozialistischen Presse. Goebbels, & Co, die getreuen Knechte der schmäzlich diskreditierten und korrumpierten Hugenberg-Partei, erheben am Dienstag ein pathetisches Gewinsel über die "Skand-alhetze der jüdischen Journaille" und sind frech genug, den widerwärtigen Kor-ruptionsskandal der Wege & Co. als ein "Ablenkungsmanöver" zu bezeichnen. Damit der Witz nicht fehle, haben die verzweifeltsten Lügenpinsel der NSDAP auf Grund schwieriger Forschungen herausgeknebelt, dass der stramm nationale Herr le Vi-seur eigentlich Levinsohn heisse, womit also klar erwiesen ist, dass an den Schw-meren der deutschnationalen Monarchisten einzig und allein wieder die Juden die Schuld tragen.

Es stinkt überhaupt beim "nationalen Bürgertum". Das Schmutzige=Wäsche-Waschen in der Wirtschaftspartei der Herren Drewitz und Colosser nimmt lustig seinen Fortgang. In einem Berliner Abendblatt veröffentlicht Herr Colosser eine offenen Brief an den allzu geschäftstüchtigen Bäckermeister Drewitz, in dem er den Parlamentskollegen fragt, ob es denn nicht wahr sei, dass im Protokoll des Prüfungsausschusses der Wirtschaftspartei festgestellt worden wäre, dass Herr Drewitz seit dem Jahre 1927 aus der Parteikasse zu privaten Zwecken Gelderver-ausgab und seither nicht zurückgezahlt habe? Weiterhin erinnert der unbequeme Colosse den biederen Bäckermeister an einen Wechsel über 3 000 Mark, mit dem Drewitzens Villa gebaut worden sei und den dann die Parteikasse eingelöst ha-be. Schliesslich spricht Colosser sehr ungeniert von einer Möbelrechnung für ebendiese Villa in Höhe von über 2 000 Mark, die gleichfalls allzu grosszügig mit Parteigeldern bezahlt worden sei. Und endlich möchte Colosser wissen, ob Herr Drewitz denn die 800 Mark Entschädigung, die er allmonatlich aus der Par-teikasse erhielt, auch ordnungsgemäss versteuert habe? - -

Wie man sieht, es ist ein ziemlich duftiger Blütenstrauss, den Herr Josselosseser seinem einstigen Parteifreund unter die Nase hält. Hier deutschnational-hakenkreuzlerische Korruption durch Aufsichtsratsposten und Tantiemenschleuderei, dort ein Parteivorsitzender des reaktionär-asozialen Bürgertums, dem intime Kenner die schlimmsten ehrenrührigen Vorwürfe machen. Und das sind die Leute, die auszogen, um Arm in Arm den "Drachen Marxismus" zu töten! Sie haben so viel Dreck an ihren Stecken, dass sie heute schon kaum noch weiter können...

+ + +
Die Billionenerbschaft des Roten Sultans!

Ein Zahnarzt macht Karriere - Jud Süß am Goldenen Horn - Die Prinzeninflation - Der Kampf um die Erbschaft.-

Sambul, Mitte Januar (Eig. Bericht)

Auch die Entzauberung der Türkei durch die Modernisierungskampagne des kemalistischen Regimes hat dem Lande doch noch nicht seine ganze Phantastik zu nehmen vermocht. Das türkische Volk wird zwar angehalten, in lateinischen Lettern zu lesen und zu schreiben und selbst alte, würdige Männer, deren Hauptarbeit mehrere Menschenalter hindurch süßes Nichtstun im Caféhaus gewesen ist, bemühen sich mit einer von nicht geringer Tragik überschatteten Komik, amerikanisches Arbeits- und Lebenstempo zu markieren. Trotzdem ragen die Rudimente der guten alten Zeit in die neue und mitunter scheint es, als ob sie nur ruhen um wieder lebendig zu werden.

Der Hofmedikus des Sultans.

Der Spruch des internationalen Schiedsgerichts in Sachen der Erbschaft des Sultans Abdul Hamid hat eine geheimnisvolle Type wieder ins Licht der Öffentlichkeit gerückt. Es handelt sich um einen alten russisch-jüdischen Zahnarzt, Dr. Ginsburg, der seinerzeit der Vertraute des Roten Sultans war und jetzt die ganze Gunst Mustafa Kemal Paschas genießt. Dr. Ginsburg kam zu Anfang der achtziger Jahre wie viele andere Abenteurer nach der Stadt am Goldenen Horn, um sein Glück zu machen. Er hatte in Russland und in der Schweiz unter grossen Schwierigkeiten seine Studien vollendet und liess sich nach allerhand Irrfahrten am Bosphorus als Zahnarzt nieder. Wann und wie das Auge Abdul Hamids wohlgefällig auf Dr. Samuel Ginsburg fiel, wird wohl immer ein Geheimnis bleiben. Der geschickte Fachmann wurde sehr bald der Hofmedikus des Sultans und sein Ruf stieg in kurzem derart, dass er zu einem der wenigen europäischen Sterblichen avancierte, denen es erlaubt war, das Allerheiligste der Frauengemächer des Yildiz Kiosks zu betreten, um sich der Fürsorge für die blendend weissen Zähne der neuen legitimen Frauen des Beherrschers der Gläubiger und der für dieweit mehr geschätzten der jeweiligen Favoritinnen zu widmen.

Phantastischer Reichtum.

Damit war die Tätigkeit des Hakims bei weitem nicht erschöpft. Das kleine Männchen war nicht nur ein Künstler seines Faches, sondern er war gleichzeitig wie die jüdischen Leibärzte der weltlichen und der kirchlichen Fürsten des Mittelalters ein gewandter Hofmann, ein kluger Politiker und ein gewiefter Diplomat, der mit dem misstrauischen Tyrannen umzugehen vermochte, wie keiner der sonstigen Cünstlinge Abdul Hamids. Er wuchs sich daher zum Allerweltsfaktotum aus und war zum Schluss ausser Hofzahnarzt noch der Hofastrologe, der Vertrauensmann in diffizilen politischen Angelegenheiten und vor allem der Verwalter des riesigen kaiserlichen Privatvermögens, das er durch eine geschickte und rücksichtslose Politik bis zu einer Höhe steigerte, gegen die selbst amerikanische Multimillionäre als arme Teufel erscheinen. Abdul Hamid war allerdings in der glücklichen Lage, in den Schätzen eines über drei Erdteile ausgedehnten Riesenreiches nach Belieben wühlen zu können. Bei der patriarchalischen Art und Weise, in der dieser märchenhafte Reichtum verwaltet wurde, ist es niemals zu einer bilanzmässig einwandfreien Schätzung des Hamidischen Vermögens gekommen und selbst sein genauester Kenner, Dr. Ginsburg, vermag sich von seinem Um-

fang nur vage Vorstellungen zu machen. Trotzdem dürfte es mit zweieinhalb Billionen Dollar nicht zu niedrig beziffert sein, denn zu ihm gehören der grösste Teil der heiss umstrittenen Petroleum-Vorkommen von Mossul, Zinngruben auf Thasos, Oelbaumgärten auf Zypern und Riesendomänen in Thessalien, Syrien und Palästina.

Der Traum der Verbannten.

Die Beherrschung des Faches liess Dr. Ginsburg alle Wechselfälle überdauern die seit dem Sturze seines Gönners die Türkei heimsuchten. Für die zahlreiche Sippschaft Abdul Hamids war dagegen mit dem Sturze ihres Oberhauptes die bittere Zeit des Exils angebrochen. Eine Schar von Prinzen, Emiren und Prinzessinnen ergoss sich über die Hauptstädte Europas und ist seit Jahren genötigt, sich wie weiland russische Grossfürsten und andere gewöhnliche Sterbliche schlecht und recht durchs Dasein zu schlagen. Abdul Kedim, der Lieblingssohn des Schreckenssultans verdient 20 Dollar pro Woche als Geiger in einem Budapester Nachtcafé, andere haben ihre Harems in Aleppo und Beirut in Schauobjekte für sensationslüsterne amerikanische Touristen verwandelt, der grösste Teil vegetiert in tiefstem Elend meistens von der Hände Arbeit getreuer Diener, aber keiner lebt ohne Hoffnung. Ihr grosser Traum bleiben die zwei Billionen, die vorläufig von den Siegerstaaten, England, Frankreich, Italien und Griecheland geschluckt worden sind, obwohl sie nicht türkisches Staatseigentum, sondern persönlicher Besitz Abdul Hamids waren.

Die Herde wird gesammelt!

Da Not auch das Denken von an arbeitsloses Dahinvegetieren gewohnten Parasiten in Bewegung zu setzen vermag, kann es nicht wunder nehmen, wenn einer der Angehörigen der aus Glanz ins Elend hinabgesunkenen Sultansfamilie auch einmal auf eine ingeniose Idee kam. Er legte Dr. Ginsburg nahe, die materiellen Interessen seines toten Gebieters wieder in die Hand zu nehmen. Als treuer Diener seines Herrn sagte er auch nicht Nein, obwohl es keine leichte Aufgabe war, die verstreute Herde zu sammeln, die erstens räumlich über alle Welt zerstreut lebt und die überdies trotz ihres Elends eher bereit war, vor Hunger zu verrecken, als einem Vetter oder einer Base auch nur den Hauch eines Rechtsanspruches zu gönnen.

Der Diplomatie des Zahnarztes ist dieses Wunder schliesslich doch gelungen. Er schuf sich die Verbindung mit jedem der Erbberechtigten, überzeugte sie von der Notwendigkeit eines gemeinsamen Vorgehens, gewann Anwälte von internationalem Ruf, wie den Expräsidenten der französischen Republik, Millebrand, und, was wichtiger ist als alles andere, ein Konzern von englischen und amerikanischen Kapitalisten streckt die ungeheuren für die Prozessführung nötigen Mittel vor.

Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg zum Scheck.

Die ersten Früchte dieser zähen Bemühungen sind nicht ausgeblieben, und Dr. Ginsburg hat einen wichtigen moralischen Erfolg zu verzeichnen. Die griechische Regierung hat sich bereit erklärt, mit den Nachkommen Abdul Hamids auf der Basis einer Abfindung von 50 Millionen Dollar zu verhandeln. Vom Verhandlungswillen bis zur Zahlung eines Schecks ist zwar noch immer ein weiter Weg, aber warum soll ein Zahnarzt, der seit Jahrem im Labyrinth der hohen Politik und verwickelter Rechtsgeschäfte zu Hause ist, nicht imstande sein, Staaten ebenso wie Millionen herauszureissen, wie er es mit den Zähnen der Herrschaft getan hat. Die Rechtsansprüche der Schützlinge Dr. Ginsburgs stützen sich auf einen Paragraphen des Friedensvertrages von Lausanne. Es heisst dort, dass das Privateigentum der Staatsangehörigen des ehemaligen ottomanischen Reiches durch seine politischen Rechtsnachfolger respektiert wird. Von Seiten der alliierten Mächte, die trotz ihrer sonstigen Differenzen in dieser Angelegenheit treu zusammenstehen, wird aber geltend gemacht, dass die Nachkommen Abdul Hamids nach der jungtürkischen Revolution die türkische Staatsbürgerschaft verloren haben. In der ersten Instanz hat diese Auffassung gesiegt, aber der Kampf geht weiter. Wahrscheinlich wird das Ende dieses fetten Billionen-Prozesses ein

magerer Millionen=Vergleich sein, aber einiges wird für die notleidenden Erben doch herauschauen. Sie warten, sie hoffen, und vermutlich werden sie nicht ganz enttäuscht werden.

+ + +

"Arbeiterschaft und Filmzensur". Im Filmsaal des Parteivorstandes hielt der Arbeiterlichtbildbund in Berlin seine erste Reichskonferenz ab. In seinem Geschäftsbericht konnte Redakteur Hans Etzkorn darauf hinweisen, dass an vielen Orten des Reiches selbständige Arbeiterfotogilden, die sich gemeinsam mit anderen Fotogruppen zu einer örtlichen Arbeitsgemeinschaft vereinigten, entstanden sind. Diese örtlichen Zusammenschlüsse seien die Grundpfeiler des ALB. In der Diskussion wurde die Frage der entgeltlichen Wettbewerbe eingehend behandelt. Gewählt wurde als Vorsitzender des ALB Landtagsabgeordneter Frankenzeitz, als Stellvertreter "Volk und Zeit"-Redakteur Etzkorn-Berlin. Den Höhepunkt der Tagung bildete ein Referat Robert Breuers über "Arbeiterschaft und Filmzensur": Nach dem heutigen Recht, führte der Redner aus, gibt es keine Möglichkeit, verbotene Filme vorzuführen. Das Filmgesetz selbst ist so kautschukartig abgefasst, dass die politische Situation die Filmzensur entscheidend beeinflussen kann. Daher fehlt auch den Entscheidungen der Filmprüfstelle die Stetigkeit. Der Oberfilmzensor Seeger selbst schrieb zum Beispiel Ende 1929, dass ein Verbot eines Films wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit nur dann möglich ist, wenn die Gefährdung im Film selbst liegt - dass ein Verbot also nichtmöglich ist, wenn die Störung von aussen hineingetragen wird. Wie aber war es bei "Im Westen nichts Neues"? Die Filmzensur ist eine politische Zensur. Die Novelle zum Lichtspielgesetz ist ebenso reaktionär, wie das ursprüngliche Gesetz. Die Novelle erschwert im Gegenteil die bisherige Vorzugsstellung, die künstlerischen oder wissenschaftlichen Filmen bis jetzt eingeräumt worden ist, und weiterhin wird sogar noch eine spezielle Programmzensur eingeführt. Es muss daher noch auf eine ganze Reihe von Verbesserungen gedrungen und der Zensur die Starrheit ihres Systems genommen werden. Wie grotesk auch, dass heute beispielsweise die Aufführung eines Freidenker=Films unmöglich ist, auch wenn er keine anderen Religionen beleidigt oder herabsetzt - weil die Religion an sich nicht kritisiert werden darf! Hier und beispielsweise bei Filmen vom Remarque=Typ muss gefordert werden, dass einer Kategorie von Filmen zugestanden wird, dass sie zur Vorführung vor einem bestimmten Personenkreis in geschlossener nicht öffentlicher Gesellschaft auch dann geeignet sind, wenn man sie für die Allgemeinheit nicht freigeben will. Kurz: Theorie und Praxis der deutschen Filmzensur sind gründlich zu ändern.

+ + +

Die Erbschaft des Millionenschusters. Ein Erbschaftsprozess, dessen Anfänge noch in die Zeit vor der grossen Revolution zurückreichen, wird demnächst ein Gericht in Nancy beschäftigen. Im Jahre 1776 starb in Wien der französische Hofschuhmacher Thiery und hinterliess ein Vermögen von 50 Millionen Franken. Niemand meldete sich für die Erbschaft. Die Millionen lagen unberührt auf einer Bank in Venedig deponiert, bis sie Napoleon Bonaparte auf seinem Italien=Feldzug beschlagnahmte und die Heereskäufe verwendete. Schon unter der Kaiserzeit Napoleons begannen die Erben, die von den entgangenen Millionen Wind erhalten hatten, einen Prozess anzustrengen. Im Jahre 1880 schien dieser Prozess mit dem Siege der Erben enden zu wollen, als der letzte der Erben starb. Jetzt glaubt ein Textilarbeiter aus Luneville entdeckt zu haben, dass auch er in direkter Linie von dem famosen Wiener Millionen=Schuhmacher abstammt. Er liest sich bei einem reichen Freunde 200 000 Franken und reichte seine Erbschaftsklage ein. Wenn er lange genug lebt, kann er vielleicht das Ende seines Prozesses sehen.

+ + +

Flugzeugabsturz: zwei Tote. Am Dienstag Nachmittag stürzte auf dem Münchener Flugplatz Oberwiesenfeld ein Flugzeug des bayerischen Leichtflugzeugklubs ab. Die Maschine wurde völlig zertrümmert, beide Insassen waren sofort tot.

+ + +

Auch "Westfront 1918" verboten! Ohne Angaben von Gründen verbot Präsident Wilton der Regierungskommission des Saargebietes den pazifistischen Film "Westfront 1918" für das Saargebiet.

+ + +
Ludendorff, Küchenmeister & Co.

Der zweite Tag im Münchener Tausend-Prozess - Interna aus der Werkstatt -
Ludendorffs Hunger nach Gold.

SPD. München, 20. Januar (Eig. Drahtber.)

Auch der zweite Verhandlungstag im Münchener Goldmacherprozess war angefüllt von dem Verhör des Angeklagten. Der Richter interessierte sich in der Hauptsache zunächst um den Verbleib der in die Tausend-Ludendorff-Gesellschaft hineingesteckten Riesensummen. Tausend will für die zehn Monate, die seine Zusammenarbeit mit Ludendorff währte, nur 10 000 Mark und fünf Prozent der eingehenden Beträge erhalten haben. Alle eingelaufenen Gelder - etwa 600 000 \$ - seien bei Ludendorff bzw. dem Justizrat Schramm (einem aus dem grossen Hitlerputsch-Prozess bekannt gewordenen völkischen Rechtsanwalt) zusammengefloßen. Ludendorff trat im Jahre 1926 aus, worauf sich die Gesellschaft auflöste. Tausend ging sofort an die Gründung der Chemischen Studiengesellschaft Tausend e.V. Die Geldgeber liessen auch hier nicht lange auf sich warten. Schon nach einem halben Jahr waren wieder ca. 600 000 Mark beisammen, wovon eine Viertel Million in die unergründlichen Taschen des Goldkünstlers flossen. Er selbst will sich um Finanzierungsgeschäfte gar nicht gekümmert haben. Wie grenzenlos das Vertrauen der Geldgeber zu dem Schwindler war, das mögen zwei Sätze aus dem Gesellschaftsstatut illustrieren: "Herr Tausend wird sich nach allen Kräften bemühen, das beste Verfahren für die sogenannte Kilo-Produktion ausfindig zu machen" und "Alle Mitglieder sind sich darüber klar, dass ihre finanziellen Leistungen ohne Gegensicherung im Vertrauen auf die Sache gegeben sind."

Eine Schule für Goldmacherlehrlinge.

Die Gebrüder Küchenmeister, Textilien engros in Freiberg in Sachsen, erwiesen sich als besonders eifrige Mitarbeiter Tausends. Die Firma Küchenmeister hat bekanntlich seinerzeit bei dem Rathenau-Mord das Auto, in dem die Mörder die Flucht antraten, gestellt. Die Gier nach Gold scheint aber bei diesen Herren ebenso gross zu sein wie die Gier nach Blut. Mit der finanziellen Unterstützung von Johann und Fritz Küchenmeister wurde in Freiberg ein weiteres Fabrikgebäude aufgekauft, das zu einem grossen Laboratorium umgebaut werden sollte. Die Pläne waren fix und fertig. Es sollten grosse Schmelzöfen eingebaut werden. Sogar an die nachwachsende Goldmachergeneration war gedacht. Es sollten nämlich Lehrplätze für etwa zehn Schüler aufgestellt werden, die theoretisch und praktisch in die Geheimnisse der Goldmacherkunst eingeweiht werden sollten. Aus dem Plan wurde aber nichts wegen verschiedener Differenzen in den Reihen der Gesellschafter. Einzelne Mitarbeiter haben sogar versucht, Konkurrenzunternehmen aufzumachen. Es ist ihnen aber nicht gelungen, weil jeder nur mit einem Bruchteil des Verfahrens bekannt war. Im übrigen harret die Freiberg Goldfabrik heute noch ihrer Vollendung...

"Material 164".

Tausend behauptet, dass er seine Kunst inzwischen vervollkommenet habe. Aus einem Kilo Rohmaterial könnte er jetzt die gleiche Menge Fertigprodukt fabrizieren wie vorher aus zehn Kilo. Tausend spricht nicht von "Gold". Er sagt immer nur: Ausgangsmaterial oder Fertigprodukt. Gelegentlich nennt er das Fabrizierte "Material 164". Auf den Vorhalt des Richters, dass er aber doch verschiedenen Geldgebern gegenüber von Gold gesprochen habe erwidert der Angeklagte: "Nur wenn mich jemand recht dumm fragte, gab ich auch dumme Antworten". Das scheint sehr oft der Fall gewesen zu sein. Im übrigen sagt Tausend, dass er bei

der Ausarbeitung seines grossen Verfahrens nur durch seine Verhaftung gestört worden sei. Die Experimente, die er dem Wiener Stahlindustriellen Philipp und Richard von Schöller vorgeführt habe, seien erfolgreich gewesen.

"Ohne mich konnte man nicht arbeiten".

Unangenehmen Sachverständigenkontrollen ging Tausend selbstverständlich gern aus dem Wege. Den misstrauisch werdenden Geldgebern gegenüber erfand er hierfür die einleuchtende Behauptung, derartige Sachverständige stünden mehr oder weniger immer im Dienste kapitalistischer Interessentengruppen, die es darauf abgesehen hätten, hinter sein Geheimnis zu kommen. Manchmal konnte er aber doch nicht gut aus. In diesen Fällen verliefen die Versuche eben meistens negativ. In Gegenwart des Chemieprofessors Dr. Förster-Dresden sollte er Quecksilber "machen". Der Versuch gelang aber nur "beinahe". Für den Bruchteil einer Sekunde will Tausend im Schmelztiegel eine silbrig schimmernde Masse gesehen haben. Ob derartige Fehlexperimente oder etwas anderes schuld daran war, dass innerhalb der Gesellschaft auf einmal schwerwiegende Differenzen auftraten, konnte nicht festgestellt werden. Jedenfalls traten plötzlich Mitglieder aus und zogen ihre eigenen Goldmacherläden auf. "Bestehen diese Konkurrenzunternehmen noch?" - "Nein, denn ohne mich konnte man nicht arbeiten".

Der Versuch im Münchener Münzamt.

Tausends Experiment im Münchener Hauptmünzamt dauerte drei Tage. Das "Ergebnis" bestand in ca. acht Prozent reinem Gold. Die anwesenden Zeugen seien masslos erstaunt gewesen. Der Direktor des Münzamts habe gesagt: "Na, jetzt wird die Presse schön über mich herfallen". Er, Tausend, habe ihn aber beruhigt, weil er bestimmt geglaubt habe jetzt freizuwerden und mit seinen Arbeiten fortfahren zu können. Wenn er gewusst hätte, dass man ihn dennoch in Haft behielte, hätte er sich zu einem Experiment nicht herbeigelassen. Selbst der Staatsanwalt sei damals der Ansicht gewesen, dass mit dem erfolgreichen Experiment der Fall Tausend für ihn erledigt und der Angeklagte freigelassen wurde. "Aber Schnecken, es wurde nichts daraus". Ganz entschieden bestreitet Tausend, zu seinem Versuch im Münzamt eingeschmuggeltes Gold verwendet zu haben.

Tausend und die Arbeitslosen.

Mit beissendem Spott erzählte Tausend sodann, wie sich die Goldmacherei in den Köpfen der Grossindustriellen malte. Ein Wiener Unternehmer stellte ihm seine drei Hochöfen mit 60 Tonnen Fassungsvermögen zur Verfügung. Das macht bei der zehnzehnten Ausbeute nach Tausends Rezept bei jedem Produktionsgang 6 000 Kilo pures Gold. Tausend dachte aber viel "sozialer". Er wollte das Gold in Heimarbeit in Mengen von je 100 kg herstellen lassen. "Denken Sie, Herr Richter, was man dadurch Arbeitslose beschäftigen könnte". Richter: "Diese Idee ist garnicht so schlecht."

Tausend hat natürlich auch seine Geheimnisse, die er um alles in der Welt nicht preisgibt. So verweigert er die Antwort auf die Frage, wo er denn seine Bestände an "Material 164" deponiert habe. Nur so viel teilt er mit, dass das Material an vielen Plätzen in Deutschland lagere. Dieses Material sei aber noch nicht im Fertigzustande. Es habe erst vier von den fünf notwendigen Theisenprozessen durchgemacht, sodass es für jeden Spion absolut wertlos sei. Nur er könne mit Hilfe seiner Kunst in kurzer Zeit den Endprozess durchführen und Gold, d.h. "Material 164" aus den Lagerbeständen hervorzaubern.

Die Goldgutscheine.

Wenig phantasievoll aber greifbarer sind die sogenannten Goldgutscheine, die die Gesellschaft ausgab. Diese Scheine, auf 10 kg Feingold oder 25 000 RM lautend, bedeuteten in der Hand Tausends zwar nicht pures Gold, aber bares Geld, denn die Geldgeber rissen sich förmlich um das fabelhafte Papier. Auf die Frage, ob denn Golddeckung für die Scheine vorhanden war, verweigert Tausend die Antwort. Ob er denn den anderen Mitgliedern der Gesellschaft Rechenschaft über diese Handlungsweise gegeben habe? "Ich war niemandem Rechenschaft schuldig, ich konnte tun und lassen was ich wollte."

Er tat denn auch was er wollte und kaufte sich Villen und Schlösser. Denn

in einer Mietskaserne oder gar in einer Fabrik habe er, wie er erklärt, unmöglich arbeiten können.

Das Verhör des Angeklagten Tausend wird am Mittwoch Vormittag fortgesetzt. Der Gerichtsvorsitzende will in dieser Sitzung unter allen Umständen mit der Vernehmung des Goldmachers zum Abschluss kommen und mit dem Zeugenverhör beginnen.

+ + +
Die polnische Eisenbahnkatastrophe. Die Zahl der Todesopfer, die die Eisenbahnkatastrophe bei Gdingen forderte, stieg auf sechs, die Zahl der Schwerverletzten auf fünfzehn.

+ + +
170 000 Mark unterschlagen! Ein nach Unterschlagung von 170 000 Mark flüchtig gewordener deutscher Steuerbeamter aus Fürnich (Rheinland) wurde in einer Amsterdamer Pension verhaftet. In seinem Besitz befanden sich noch 17 000 Mark. Wegen der Auslieferung sind Unterhandlungen eingeleitet worden.

+ + +
Grubenkatastrophe. Infolge falscher Weichenstellung stiess auf dem Bergwerk Renner in Volmeringen bei Metz in einem unterirdischen Zufahrtsgang ein Förderzug gegen einen mit 90 Bergarbeitern besetzten Zug. Drei Bergleute erlitten so schwere Quetschwunden, dass sie bald nach dem Unglück verstarben. Die Schuld an der Katastrophe trägt der Weichensteller: er ist 17 Jahre alt...

+ + +
Vor dem Jorns-Urteil. Der Jorns-Prozess vor der Grossen Strafkammer des Landgerichts III in Berlin steht vor dem Ende. Am Dienstag wurde die Beweisaufnahme geschlossen und gleichzeitig mit den Plädoyers begonnen. Als erster sprach Justizrat Dr. Löwenstein als Vertreter des Nebenklägers Reichsanwalt Jorns, nach ihm ergriff Jorns selbst das Wort. Rechtsanwalt Dr. Georg Löwenthal, der als Verteidiger des Angeklagten Redakteur Bornstein fungiert, wird am Donnerstag plädieren. Mit der Urteilsverkündung ist in der nächsten Woche zu rechnen.

+ + +
Zwei Menschen verbrannt! In Kallola bei Borgas (Finnland) brannte ein Gutshof nieder; die Gutsherrin und ihre Schwester kamen in den Flammen um. Der Materialschaden beträgt über eine halbe Million Finnmark.

+ + +
Wo ist die Dreigroschen-Oper? Im Streit um den Dreigroschenoper-Film hat das Kammergericht auf Antrag des Komponisten Kurt Weill bekanntlich das vorläufige Aufführungsverbot des Films und die Aufbewahrung der Negative und Kopien beim Gerichtsvollzieher verfügt. Sensation folgt auf Sensation: als der Gerichtsvollzieher erschien, war der Film verschwunden! Bis auf die Direktoren der Nero-Filmgesellschaft, der Herstellerfirma, weiss im Moment niemand, wo der Film nun eigentlich ist. Der Gerichtsvollzieher musste mit leeren Händen wieder abziehen und der Besitzer der Nero-Filmgesellschaft sollte mit den seinen Offenbarungseid leisten. Nun wird aber die Sache schon unheimlich: als am Dienstag mittag der entsprechende Termin stattfinden sollte, stellte sich heraus, dass die Ladung des Gerichts auf einem falschen Formular ergangen und die Sitzung deshalb nicht durchzuführen und zu verlegen war.

+ + +
Lawinenkatastrophe. Zufolge der Schneeschmelze der letzten Tage wurden im Gebiet der in den bayerischen Vorbergen zwischen Tölz und Kochel gelegenen Benediktenwand die von der Landespolizei als Skihütte benutzte Probstalm durch eine Lawine vollkommen zerstört. Acht Landespolizisten wurden verschüttet, es muss mit ihrem Tode gerechnet werden. Eine Rettungsexpedition ist unterwegs.

Wirtschaft Technik Handel

Die Brücke zwischen Stadt und Land.

Vorbildliche Genossenschaftsanlagen der Stadt Krefeld.

SPD. Wer je auf dem Lande agitiert hat, weiss genau, dass die landwirtschaftliche Bevölkerung, insonderheit die Klein- und Mittelbauern, auf die Dauer nur zu interessieren sind, wenn man ihnen in irgendeiner Form praktische Vorteile bietet. Ausgehend von dem Gedanken, dass heutzutage die Absatzregelung für die Landwirtschaft das wichtigste und am schwersten zu lösende Problem ist, hat sich die Stadt Krefeld unter Führung des Beigeordneten Genossen Mebus dazu entschlossen, für die niederrheinische Landwirtschaft eine grosszügige Absatzorganisation zu schaffen. Krefeld bot für ein solches Experiment besonders günstigen Boden, weil zwei Faktoren für die landwirtschaftliche Marktentwicklung am Niederrhein von ausschlaggebender Bedeutung sind, nämlich die geschlossene Einheit des Produktionsgebietes und dessen einheitliche Marktrichtung zum rheinisch-westfälischen Industrie- und Grosstadtgebiet.

Die Absatzregelung umfasst die Ebene der Stadt Krefeld-Uerdingen und den südlich und westlich vorgelagerten Landkreis Kempen-Krefeld, ein Gebiet mit gleichen Klima-, Verkehrs-, Absatz- und Bodenverhältnissen. Da alle Arbeit auf dem Gebiete der Erzeugung mit der richtigen Durchführung und Organisation des Absatzes steht und fällt, hat die Stadt Krefeld sämtliche landwirtschaftlichen und gärtnerischen Erzeugnisse in ihre Absatzregelung einbezogen. Nächste dem Ausbau des Krefelder Grossmarktes wurde die Versteigerungshalle für Gemüse eingerichtet und hierzu die Veiling Niederrhein G.m.b.H. in Verbindung mit der Landwirtschaftlichen Absatzvereinigung G.m.b.H. ins Leben gerufen. Durch diese vortreffliche Absatzmöglichkeit ist der Freiland-Gemüsebau bei den Gemüsezüchtern im Bezirk Krefeld von 615 Hektar im Jahre 1913 auf 941,5 Hektar im Jahre 1929 gestiegen. Während 1913 noch keine Kühl- und Warmhäuser vorhanden waren, ist heute eine Fläche von 25 400 qm hiermit bedeckt. Die Quadratmeterzahl der Frühbeetfenster vermehrte sich von 1466 qm 1913 auf 16416 qm im Jahre 1929, die der Kohlscheunenfläche von 300 qm 1924 auf 5619 qm im Jahre 1929. Weiterhin wurden in den letzten Jahren 32 Frühkartoffellager und Vorkeimhäuser errichtet, wodurch es möglich ist, 9000 Zentner Saatkartoffeln vor-schriftsmässig zu lagern und vorzukeimen, um dadurch den Zeitpunkt der Ernte früher zu gestalten und den Ernteertrag zu steigern.

Neben Gemüse und Obst werden auch Blumen und Pflanzen der Landwirte und Gärtner versteigert, wofür eine besondere Organisation unter dem Namen "Niederrheinische Blumen- und Pflanzenversteigerung Krefeld" ins Leben gerufen wurde, die die einzige ihrer Art in Deutschland ist. Die Anlieferung all dieser Produkte erfolgt in besonderer Verpackung und Nummernkennzeichnung je nach Güte der Ware. Eine ausserordentlich grosszügige Einrichtung ist die "Krefelder Milchhof G.m.b.H.", der über 500 Landwirte aus drei Zonen um die Stadt Krefeld herum ihre Milch liefern. Im Durchschnitt werden täglich 45 000 Liter angeliefert und verarbeitet. Die Bezahlung der Milch erfolgt nach Fettgehalt und Reinheit. Der Einfluss dieses Systems auf die Gewinnung der Milch ergibt sich aus folgenden Zahlen: Im Monat März 1926 betrug der Anteil der reinen Milch mit Note I-II 19 %, der Anteil der gering verschmutzten Milch mit Note III 40 %, der Anteil der stark verschmutzten Milch mit Note IV - V 41 %. Für März 1930 waren die gleichen Prozentzahlen 84 % bei Note I-II, 10 % bei Note

III und nur noch 6 % bei Note IV-V. So wird der Produzent zu erstklassigen Lieferungen erzogen.

In gleicher Weise wurde der Absatz von Käse organisiert durch Gründung der Verkaufsvereinigung niederrheinischer Käsereien. Auch hier spielt die Lieferung von Qualitätsware die grösste Rolle. Durch Beschaffung eines grossen Kühlhauses wurde die Möglichkeit geboten, grosse Mengen von Käse in Krefeld selbst zu lagern und ausreifen zu lassen. In Verbindung mit dem Käselagerhaus stehen die Kühl- und Lagerhäuser für Eier und Kohl. Krefeld hat wohl in seiner landwirtschaftlichen Kühl- und Lagerhaus G.m.b.H. die erste deutsche Einrichtung für die Lagerung von rund 12 000 Zentnern Weiss-, Rot- und Wirsingkohl sowie von sonstigem Gemüse geschaffen und damit erreicht, dass der Markt nach der Ernte mit diesen Produkten nicht überschwemmt wird. Dadurch sind den Erzeugern auskömmliche Preise für Gemüse und Kohl gesichert.

In seiner Ausdehnung ebenfalls wohl einzig dastehend, ist der Geflügelhof der Stadt Krefeld, in welchem zur Zeit rund 3 500 Hühner, Küken und Hähne gehalten werden, die die Bruteier sowie die Zuchthähne und Junghennen für die der Geflügelhof G.m.b.H. angeschlossenen Geflügelhalter liefern. Schliesslich ist auch der Absatz des Verbandes der rheinischen Bienenzuchtvereine in der "Rheinlandhonig", Verkaufsgesellschaft m.b.H., geregelt.

Die Stadt Krefeld hat demnach unter Führung eines Sozialdemokraten Einrichtungen geschaffen, die in der Lage sind, den gesamten Absatz der niederrheinischen Landwirtschaft zu günstigen Bedingungen zu sichern. Erhalten doch die dem Milchhof angeschlossenen Landwirte zur Zeit 18 Pfg. pro Liter Milch der Note I-II, während im übrigen Deutschland die Milchpreise pro Liter zwischen 9 und 13 Pfennigen schwanken. Die übrigen deutschen Grosstädte sollten sich daher das Krefelder Beispiel zum Muster nehmen und auch ihrerseits zur Ueberbrückung der Kluft zwischen Stadt und Land beitragen. Die Stadt Krefeld hat bewiesen, dass man dabei auch mit dem reellen Grosshandel einträchtiglich zusammenarbeiten kann, der bei den meisten der gegründeten Gesellschaften neben der Stadt und der niederrheinischen Landwirtschaft beteiligt ist und sich reibungslos das neue Arbeitsgebiet mit eingefügt hat.

SPD. Die Pfandbriefstatistik im Deutschen Reich erscheint jetzt für den Monat November zum ersten Mal in ihrer neuen Form. Die Uebersichtlichkeit der bisherigen Statistiken litt besonders darunter, dass von den einzelnen Realkreditinstituten der Begriff des Umlaufs an Schuldverschreibungen verschieden ausgelegt wurde. Nach der jetzt durchgeführten statistischen Reform gelten nur diejenigen Schuldverschreibungen als umlaufend, die sich ausserhalb der Institute befinden. Im Gegensatz zu der bisherigen Methode werden also die in eigenem Bestand gehaltenen Wertpapiere nicht zu der Umlaufsmenge hinzugerechnet. Durch die Vereinheitlichung der Erfassungsmethoden hat die Pfandbriefstatistik an Uebersichtlichkeit erheblich gewonnen.

Einschliesslich von 4 neu hinzugezogenen Anstalten belief sich der Gesamtumlauf an Pfandbriefen im Inland auf 6,44 gegen 6,36 Millionen im Oktober. Der Bruttoverkauf stellte sich im November auf 113,7 Millionen, von denen der grösste Teil nämlich 81,3 Millionen 8%ige Werte betraf. Die Abgänge stellten sich auf 43,3 Millionen. Danach ergibt sich ein Nettoabsatz an Goldpfandbriefen im Inland von 70,4 Millionen im November, der verhältnismässig hoch ist. Der ausländische Absatz an Goldpfandbriefen war dagegen mit 1,1 Millionen, denen Abgänge in Höhe von 1,2 Millionen gegenüberstehen, äusserst geringfügig. Der Gesamtbestand der nach dem Auslande begebenen Goldpfandbriefe betrug am 30. November 1,02 Milliarden Mark. Bei den Kommunalobligationen wurde Ende November im Inlande ein Umlauf von 1,9 gegenüber 1,86 Milliarden Mark festgestellt, während nur 217,5 Millionen Kommunalobligationen im Ausland im Umlauf waren gegen 220,9 Millionen Ende Oktober.

Neu an der Novemberstatistik ist die getrennte Ausweisung der Wohnungsneubau-Hypotheken, sodass eine Uebersicht ermöglicht wird, in welchem Umfang dieses Geschäft von den Hypothekenaktienbanken und von den öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten betrieben wird. Hierbei ergibt sich, dass von sämtlichen gegebenen städtischen Hypotheken der öffentlichrechtlichen Kreditanstalten in Höhe von 1,29 Milliarden allein 806 Millionen, also rund 2/3, auf Wohnungsneubauten entfallen. Bei einem Neugeschäft von 3,96 Milliarden auf dem städtischen Hypothekenmarkt haben die Hypothekenaktienbanken 1,04 Milliarden, also rund 25% im Wohnungsneubau angelegt,

SPD. Der führende deutsche Kabelkonzern, die Felten & Guilleaume Aktien-gesellschaft in Köln, ist jetzt mit der Legung eines neuen Seefernsprech-Kabels beauftragt worden. Auftraggeber sind das Reichspostministerium und die dänische Telegraphenverwaltung. Das neue Kabel wird eine Länge von 89 Kilometern haben, wovon 47 Kilometer auf die Seestrecke Warnemünde-Gjedser entfallen. Ueber das neue Kabel werden zunächst 22 und später 44 Gespräche geführt werden können. Die Verlegung des Kabels wird bereits im Sommer dieses Jahres erfolgen.

SPD. Der Jahresabsatz der in den Zementsyndikaten zusammengeschlossenen Werke ging im letzten Jahr auf 5,51 Millionen Tonnen zurück, während im Jahre 1929 noch ein Jahresabsatz von 7,04 Millionen Tonnen erzielt wurde. Danach ergibt sich bei der Zementindustrie eine Umsatzdrosselung von rund 1 1/2 Millionen Tonnen oder mehr als 21%. - Im Dezember ging der Versand der Syndikatswerke auf 215 000 gegen 317 000 Tonnen im November zurück. Im Vergleich mit den Absatzmengen im Dezember 1929 ergibt sich im Berichtsmonat ein Umsatzverlust von annähernd 30%.

Die Zementsyndikate, die mit ihren Monopolpreisen jahrelang den innerdeutschen Baumarkt ausgebeutet haben, bekommen jetzt die Quittung für ihre rücksichtslose Kartellpolitik. Wenn auch die Krise auf dem Baumarkt noch von anderen Ursachen herrührt, so hat doch die willkürliche Ueberteuering der Baustoffe die Arbeitsmöglichkeiten in der Bauwirtschaft stark gedrosselt, und damit zu einer wesentlichen Verschärfung der Schwierigkeiten beigetragen.

SPD. Anderthalb Monat, nachdem durch die Notverordnung in das Brotgesetz die Bestimmungen über den Verkauf des Brotes nach festem Gewicht aufgenommen sind, ist nun endlich im Reichsernährungsministerium eine Besprechung erfolgt, in der man sich über die Ausführungsverordnungen geeinigt hat. Da aber die obersten Landesbehörden noch Richtlinien über die Durchführung der Gewichtsnachprüfung in den Bäckerläden erlassen sollen, wird es wohl noch einige Zeit dauern, bis wir endlich zu dem von der Sozialdemokratie schon lange geforderten Verkauf des Brotes nach festem Gewicht kommen werden.

Dagegen werde in der Besprechung am 14. Januar nicht über die anderen für den Roggenkonsum so nachteiligen Bestimmungen des Brotgesetzes verhandelt, obwohl sich diese allmählich zu einer Katastrophe auswirken. Durch das Brotgesetz wird verhindert, dass der Roggen in einem dem Konsum am meisten entsprechenden Ausmahlungsgrad verbraucht werden kann, vielmehr schreibt dieses Gesetz vor, dass die Mühlen Roggen entweder zu 100% oder unter 60% ausmahlen. Mit dieser Vorschrift sollte eine Hebung des Roggenverbrauchs erreicht werden, denn - so schloss die ministerielle Logik - wenn das Korn nur zu 60% ausgemahlen wird, braucht man selbstverständlich mehr Roggen, um ein Brot herzustellen, als wenn,

wie es bisher üblich war, der Roggen zu 70% oder 75% ausgemahlen wird. Der erwartete Erfolg des Brotgesetzes hat sich aber gerade ins Gegenteil verkehrt. Die Verbraucher ziehen etwas dunkleres Brot (aus 70% ausgemahlenem Mehl) dem helleren vor. Um sich dieser Geschmacksrichtung anzupassen, setzen in manchen Gegenden die Bäcker dem Roggenmehl stark ausgemahlenes Weizenmehl zu, um auf diese Weise eine dunklere Färbung des Brotes zu erreichen. Durch diesen Kunstgriff wird aber der Roggenabsatz keineswegs verstärkt. Hierzu kommt, dass die Arbeitslosigkeit auch schon auf den Verbrauch des wichtigsten Nahrungsmittels, des Brotes, unheilvoll eingewirkt hat. In Mühlenkreisen wird der Minerungsverbrauch an Roggenbrot gegenüber dem Vorjahre auf 10% geschätzt. Der Roggenmehlabsatz lässt daher sehr zu wünschen übrig, was selbstverständlich auch eine Wirkung auf die Roggenpreise ausüben muss.

Auf der einen Seite versucht also die Regierung eine Vergrößerung des Roggenabsatzes durch die Eosinroggen-Aktion zu erreichen, auf der anderen Seite erlässt sie mittels der Notverordnungen vollkommen unzweckmässige Gesetze, durch die der Absatz des Roggens für menschlichen Verzehr verringert wird. Es wird höchste Zeit, um dieses völlig sinnlose Gegeneinanderwirken zweier Regierungsmassnahmen aufzuheben, dass die Ausmahlungsgrenze für Roggen auf 75% erhöht wird. Das aus diesem Mehl hergestellte Brot entspricht am besten der Geschmacksrichtung der Verbraucher. Folglich wird auch am leichtesten hierdurch der Roggenabsatz zu erhöhen sein.

 Rauhfutternotierungen.

(Berlin, den 20. Jan.)

Drahtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen)		RM	0,60 - 0,80
" Weizenstroh	"	"	0,50 - 0,60
" Haferstroh	"	"	0,50 - 0,60
" Gerstenstroh	"	"	0,50 - 0,60
Roggen-Langstroh, 2 Mal mit Stroh gebündelt		"	0,70 - 0,95
Bindfadengepresstes Roggenstroh		"	0,65 - 0,80
" Weizenstroh		"	0,55 - 0,70
Häcksel		"	1,20 - 1,55
	Tendenz ruhig		
Handelsübliches Heu, gesund und trocken		"	1,30 - 1,60
Gutes Heu, gesund und trocken		"	1,70 - 2,10
Thymothee, lose		"	2,90 - 3,20
Kleeheu, lose		"	2,70 - 3,00
Mielitz-Heu, lose, (Warthe)		"	1,60 - 1,80
" " " (Havel)		"	1,20 - 1,45
Drahtgepresstes Heu			Tendenz still. Pf. 40 über Notiz.

 Buttermarkt.

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 20. Januar: I. 131 Mark, II. 121 Mark, III. 107 Mark je Zentner. Tendenz ruhig.

Verstärktes Angebot drückt die Preise.

(Berliner Getreidebörse vom 20. Januar)

SPD. Die Stimmung an der Produktenbörse hat sich am Dienstag wieder vollkommen geändert. Es ist plötzlich wesentlich stärkeres Angebot der Landwirtschaft herausgekommen, während andererseits die Mühlen grössere Zurückhaltung üben. Demzufolge machten sich stärkere Abschwächungen für beide Brotgetreidearten bemerkbar, die sowohl im Handel mit effektiver Ware als auch am Markte der Zeitgeschäfte ungefähr 2 Mark, teilweise auch darüber, betrug. Das Mehlgeschäft ist wieder vollkommen zusammengeschrumpft. In beiden Sorten fanden nur kleinste Umsätze zur Deckung des notwendigsten Bedarfs statt. Dabei machen die Mühlen hinsichtlich der Preise wieder Konzessionen an die Käufer. Hafer hatte gleichfalls ruhige Tendenz. Die Preise bröckelten ab, da die Käufer zurückhielten und das Angebot wieder reichlich geworden ist.

	19. Januar	20. Januar
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	257 - 259	255 - 257½
Roggen	154 - 157	153 - 156
Braugerste	199 - 213	199 - 213
Futter- und Industrieroggen	188 - 194	188 - 194
Hafer	138 - 145	138 - 145
Weizenmehl	29,50-36,75	29,50-36,75
Roggenmehl	23,70-26,60	23,60-26,60
Weizenkleie	10,25-10,50	10,40-10,60
Roggenkleie	9,00- 9,50	9,10- 9,60

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 267½ - 275½ (Vortag 278½), Mai 284½ - 284 Brief (285½), Juli - (288). Roggen März 176½ - 176 (177½), Mai 182 - 181 (183¼), Juli 185 - 184¼ (187½). Hafer März 153½ (154), Mai 161 (162), Juli 167 (168½).

Berliner Viehmarkt.

(20. Januar)

SPD. Der Auftrieb an Schlachtvieh am Dienstag blieb hinter den Erwartungen zurück, sodass sich auf verschiedenen Gebieten die Preise befestigen konnten. So waren auf dem Rindermarkt besonders Ochsen und Bullen gefragt, die in geringer Zahl angeboten wurden. Auch auf dem Kälber- und Hammelmarkt war das Angebot entschieden zu gering, so dass sich Preiserhöhungen um 2 bis 3 Pfennig je Pfund Lebendgewicht durchsetzten. Der Schweinemarkt eröffnete bei gleichfalls geringen Zufuhren sehr lebhaft, und in fast allen Gattungen konnten Preissteigerungen von durchschnittlich ebenfalls 2 bis 3 Pfennig erzielt werden.

Amtliche Notierungen der Direktion für 1 Zentner Lebendgewicht in Mark:
Kühe: a) 37 - 43 (voriger Markt 37 - 43), b) 30 - 36 (30 - 36), c) 25 - 27 (25 - 27), d) 22 - 24 (22 - 24), Kälber: a) - (-). b) 63 - 70 (61-68), c) 52 - 62 (50 - 60), d) 40 - 50 (40 - 48), Schweine: a) (über 300 Pfund) 57-59 (55-57), b) (240-300 Pfund) 57-60 (55-57), c) (200-240 Pfund) 57-60 (55-56), d) (160-200 Pfund) 55-58 (52-55), e) (120-160 Pfund) 50 - 54 (50 - 52), f) (unter 120 Pfund) - (-), g) (Sauen) 52 (50).



Wo bleibt die Reichshilfe?

Zur Sanierung der Knappschaft.

SPD. Aus Bergarbeiterkreisen wird uns geschrieben: Im vergangenen Herbst hat die Hauptversammlung der Reichsknappschaft dem Vorschlag des Vorstandes, gewisse Leistungen der Pensionsversicherung entweder zu kürzen oder ganz wegfällen zu lassen, zugestimmt. Dieser Schritt erfolgte unter dem bestimmten Eindruck, dass das Reich für die trotz dieser Sanierungsmassnahmen noch fehlenden Mittel zum Ausgleich des Etats der Knappschaft Hilfe gewährt. Vertreter des Reichsarbeitsministers bestärkten die Bergarbeiter in dieser Annahme, da der Minister selbst in einem Schreiben an den Vorstand für den Fall, dass die von ihm geforderte Beseitigung von Überschneidungen vorgenommen werde, Hilfe in Aussicht gestellt hatte. Seit der Hauptversammlung sind nun bereits zwei Monate vergangen, ohne dass für die Knappschaft vom Reich etwas getan wurde. Die Knappschaft hat alle Reserven, die sie flüssig machen konnte, verbraucht. Trotzdem hört man nichts von Zuschüssen des Reichs, sondern nur von Plänen, die Knappschaft auf Kosten der Versicherten zu sanieren. Ein unerträglicher Zustand! Will man wirklich den Dingen ihren Lauf lassen? Will man solange warten, bis die Knappschaft ihren Invaliden, Witwen und Waisen sagen muss: "Es ist kein Geld mehr für euchda!"?

An den Finanzschwierigkeiten der Knappschaft trägt nicht die Selbstverwaltung schuld, sondern die kurzsichtige Politik gewisser Regierungsstellen. Im Jahre 1924, als nur die Dezemberbeiträge von 1923 in den Kassen waren, mussten die Beiträge so hoch angesetzt werden, dass sie zur Zahlung der Leistungen genügten und die schnelle Ansammlung einer Rücklage ermöglichten. Nach dem Inkrafttreten der Novelle zum Reichsknappschaftsgesetz am 1. Juli 1926 betrug allein der Beitrag zur Gemeinlast der Pensionskasse 8,5 %. Mit dem Beitrag zur Sonderlast stiegen die Beiträge zur Pensionskasse in verschiedenen Bezirken bis zu 15 % des Lohns. Wäre 1927 nur ein Beitrag von 8,5 % erhoben worden, dann hätte schon damals die Arbeiterabteilung der Pensionskasse einen Fehlbetrag von 53 Millionen gehabt. Diese drückenden Beitragslasten wurden von den Bergarbeitern nur getragen, um ihre älteren Kameraden vor dem Elend zu schützen; denn viele Lasten, die die Bergarbeiter für die Pensionskasse zu tragen hatten, waren ihnen zu Unrecht aufgebürdet worden. Diese Tatsache wird von den massgebenden Stellen zu wenig beachtet. Die Regierung hätte z.B. mindestens der Knappschaft die Kriegslasten und die durch die Abtrennung von Elsass=Lothringen und Ostoberschlesien sowie durch die vorübergehende Abstimmung des Saargebiets verursachten Lasten abnehmen müssen. Auch die Lasten, die durch die Befreiung bestimmter Werke von der Knappschaftsbeitragspflicht ohne Entschädigung entstanden sind, bedeuten ein Unrecht gegenüber den Bergarbeitern, wenn diese allein dafür aufkommen sollen. Zu beachten ist ferner, dass die Pensionskasse die Allgemeinheit in erheblichem Mass dadurch entlastet, dass die allgemeine Wohlfahrtspflege für die Bergarbeiter nichts mehr zu leisten braucht. Das alles schafft, wenn die Knappschaft vom Reich keine Zuschüsse erhält, eine Art von Sonderbesteuerung der Bergarbeiter.

Hätte das Reich seiner moralischen Verpflichtung nachgekommen und hätte es der Knappschaft einen Betrag von 200 Millionen, der sich aus den erwähnten Belastungen ergab, zugewendet, dann hätte die Selbstverwaltung der Knappschaft

die Beiträge in einem geringen Umfang herabsetzen können. Sie hätte diese Herabsetzung auf keinen Fall in einem Ausmass vorgenommen, zu dem sie später durch die Lex Brüning gezwungen wurde, die eine Zuwendung an die Knappschaft von der Aufhebung der Beiträge für die Sonderlast abhängig machte. Es war also nicht die Selbstverwaltung, die kurzsichtige Politik trieb, für die Fehler sind andere Stellen verantwortlich.

Angesichts dieses Tatbestandes wäre es unbegreiflich, wenn die Regierung die Knappschaft in einem Augenblick im Stich lassen würde, wo es ihr unter dem Druck der Wirtschaftskrise am schlechtesten geht. Eine solche Haltung könnte man nur mit dem Mangel an Verständnis so mancher Regierungsstellen gegenüber dem Bergarbeiter erklären. Alles starrt auf die Leistung der Knappschaftspensionsversicherung, denkt aber nicht daran, dass diese Leistungen bisher nur durch Geldopfer der Bergarbeiter ermöglicht wurden. Genau betrachtet, sind die Bergarbeiter schlechter daran als andere Berufe, für sie hat man aber immer nur schöne Worte übrig, wenn eine Grubenkatastrophe sich ereignet. Würde die Regierung die Sanierung der Knappschaft auf Kosten der Pensionsempfänger durch weiteren Abbau der Leistungen vornehmen, dann wäre das für die Bergarbeiter eine sehr bittere Enttäuschung. Eine Beitragserhöhung aber wäre im Grunde genommen nur ein weiterer Lohnabbau. Das eine wie das andere könnte den Geduldsfaden zum Reissen bringen. Mit allem Nachdruck richten daher die Bergarbeiter an die Regierung die Frage: Wo bleibt die zugesagte Reichshilfe für die Knappschaft?

SPD. Die österreichische Alpine-Montan-Gesellschaft hat eine grosse Lohnabbauaktion begonnen. Sämtlichen 1300 Bergarbeitern des Erzwerks ist gekündigt worden. Die Werksdirektion in Eisenerz teilte mit, dass alle Kollektivverträge mit den Gewerkschaften ausserkraft gesetzt seien. Von der Kündigung seien nur die Arbeiter ausgenommen, die sich mit neuen, um 12 bis 15 % gekürzten, Lohnsätzen begnügten.

Eine Versammlung der Alpinarbeiter in Eisenerz beschloss, die geforderte Unterschreibung des Reverses, worin sie sich mit der Lohnkürzung einverstanden erklären sollen, abzulehnen. Die Alpine droht nun mit der Einstellung des Erzbergbaus.

SPD. Die Internationale Vereinigung der Fabrikarbeiterverbände hat in ihrem neuesten "Mitteilungsblatt" ein Manifest an die Zündholzarbeiter aller Länder veröffentlicht. Das Manifest weist auf die Gefahren hin, die der Arbeiterschaft aus der wachsenden Macht des Zündholztrustes drohen und appelliert an alle Zündholzarbeiter, sich endlich national und international in den freigewerkschaftlichen Fabrikarbeiterverbänden zusammenzuschliessen.

SPD. Die Diamantarbeiter-Internationale hat mit dem Internationalen Ausschuss des Diamanthandels und der Diamantindustrie Fühlung genommen, um die Einführung der 40-Stunden-Woche in der Diamantindustrie zu erreichen. Die Internationale begründet ihre Forderung damit, dass die 40-Stunden-Woche das beste Mittel zur Eindämmung der Ueberproduktion sei.

Im Niederländischen Landarbeiterverband sind von 16 000 Mitgliedern rund 8 000 arbeitslos; davon erhalten 5000 Unterstützung, 3 000 verrichten Notstandsarbeiten. Der Verband zahlt wöchentlich 40 000 Gulden Arbeitslosenunterstützung.

+ + +

Eine Notstandsmassnahme grossen Stils plant Amsterdam. Die Stadt will etwa 10 000 kommunale Wohnungen renovieren lassen. Das würde für 1200 arbeitslose Maler und Tapezierer Beschäftigung bedeuten, sodass in diesen Berufen für den Winter die Arbeitslosigkeit praktisch beseitigt wäre. Zur Deckung der Kosten wird ein Kredit von 375000 Gulden angefordert.

SPD. In Schweden ist zur Zeit ein grosser Textilarbeiterstreik im Gang. Es ist daher von Interesse, etwas näheres über die schwedische Gewerkschaftsbewegung zu erfahren.

Bei einer Stärke von rund 525 000 Mitgliedern stellt die schwedische Gewerkschaftsbewegung in Skandinavien einen Machtfaktor ersten Ranges dar. Sie hat die Interessen der arbeitenden Bevölkerung gegen die Uebergriffe der Unternehmer geschützt und Arbeitsbedingungen gesichert, die einen Lebensstandard ermöglichen, wie er sonst in Europa nur selten anzutreffen ist. Politisch sind die Gewerkschaften auch in Schweden ähnlich wie in anderen Ländern die Hauptstütze der Sozialdemokratie, die mit einer Mitgliederzahl von etwa über $\frac{1}{4}$ Million die stärkste Partei des Landes ist.

Die Anfänge der schwedischen Gewerkschaftsbewegung gehen bis in die siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts zurück. Wohl wurde von den Stockholmer Setzern bereits im Mai des Jahres 1846 eine Berufsvereinigung gegründet, dieser Zusammenschluss kann jedoch nicht als Gewerkschaft im modernen Sinne betrachtet werden. Erst 1872 und in den folgenden vier Jahren entstanden die ersten wirklichen Gewerkschaftsbildungen in Stockholm, und kurz darauf, in den 80er Jahren, auch in den anderen Industriezentren Schwedens. Nach fünf Jahrzehnten ununterbrochenen Wachstums und nach durchgreifenden Organisations- und Reformmassnahmen in den Jahren 1912 und 1926 erhielt die Bewegung allmählich ihre jetzige Form.

Von Schwedens 600 000 fachlich organisierten Arbeitern sind jetzt rund 525 000 an die Landesgewerkschaftszentrale angeschlossen. Noch nicht angeschlossen sind aus beruflich-organisatorischen Gründen die Fachvereinigungen der Textilarbeiter und Postangestellten. Der Anschluss dieser beiden Berufsgruppen an die Landesorganisation scheint jedoch nur eine Frage der Zeit zu sein. Insbesondere ist der Anschluss der Postangestellten sowie der einiger anderer, kleinerer Gruppen staatlich besoldeter Arbeitskräfte bereits vorbereitet. Aus politischen Gründen stehen ausserhalb der gewerkschaftlichen Landesorganisation die fachlichen Vereinigungen der Syndikalisten - etwa 20 000 Mitglieder - und die beiden kommunistischen Gruppen, die je rund 5 000 Mitglieder umfassen.

Im Gegensatz zu den norwegischen Gewerkschaften, die teilweise enge Verbindung mit Moskau aufrechterhalten, stand die schwedische Landesorganisation seit ihrer Bildung im August 1898 stets in Fühlung mit Amsterdam.

SPD. Die Erbitterung der Eisenbahner über das Feierschichtendiktat der Reichsbahngesellschaft hat in verschiedenen Direktionsbezirken zu wuchtigen Protestkundgebungen geführt. Bei einer solchen Demonstration vor der Reichsbahndirektion Halle wurde darauf hingewiesen, dass die Eisenbahner, gewarnt durch das Feierschichtendiktat, schon jetzt für den im März einsetzenden grossen Lohnkampf zu rüsten hätten. Die kommenden Wochen müssten dazu benutzt werden, um alle unter dem Lohnvertrag fallenden Eisenbahner für den Einheitsverband zu mobilisieren.
